

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 56

DIENSTAG, DEN 21. Juli

2015

Inhalt:

	Seite		Seite
Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße, mit der Eisenbahn und mit der Binnenschifffahrt . . .	1181	Öffentliche Auslegung des Antrages auf Einrichtung des Innovationsbereiches Waitzstraße/Beselerplatz	1181

BEKANNTMACHUNGEN

Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße, mit der Eisenbahn und mit der Binnenschifffahrt

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat in seinem Amtsblatt folgende Veröffentlichung getätigt: Die Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 1. Juni 2015 zur Durchführung der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB-Durchführungsrichtlinien – RSEB) sind im Verkehrsblatt 2015, S. 402 bekannt gegeben worden. Der Richtlinienentwurf ist als Sonderdruck beim Verkehrsblattverlag erhältlich.

Diese Richtlinien einschließlich der dort enthaltenen Bußgeld- und Verwarngeldkataloge werden ab sofort auch in Hamburg durch die zuständigen Verwaltungsbehörden angewandt.

Gleichzeitig werden die GGVSEB-Durchführungsrichtlinien – RSEB – vom 8. Mai 2013 (VkBBl. 2013, S. 558) aufgehoben.

Hamburg, den 21. Juli 2015

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 1181

Öffentliche Auslegung des Antrages auf Einrichtung des Innovationsbereiches Waitzstraße/Beselerplatz

Zur Stärkung des Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentrum Waitzstraße/Beselerplatz soll der Innovationsbereich Waitzstraße/Beselerplatz eingerichtet werden. Das Bezirksamt Altona legt den Antrag der Ingenieurgesell-

schaft Haartje mbH als Aufgabenträger gemäß § 5 Absatz 6 des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren (GSED) vom 28. Dezember 2004 (HmbGVBl. S. 525), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren vom 19. Juni 2013 (HmbGVBl. S. 301), für die Dauer eines Monats öffentlich aus.

Der Antrag einschließlich Gebietsabgrenzung, Maßnahmen- und Finanzierungskonzept kann in der Zeit vom 31. Juli 2015 bis 31. August 2015 montags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, dienstags von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr und donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung (040/428 11 – 6363/- 6147/- 6240) im Bezirksamt Altona, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Jessenstraße 1-3, im Foyer im Erdgeschoss, 22767 Hamburg, eingesehen werden.

Der Antrag kann außerdem im Internet eingesehen werden unter: www.bid-waitzstrasse.de.

Während der Auslegungszeit können Anregungen zu dem Antrag bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Die Eigentümer der im Innovationsbereich belegenen Grundstücke haben während der Auslegungszeit das Recht, der Einrichtung des Innovationsbereichs zu widersprechen.

Ein Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der genannten Dienststelle einzulegen. Nicht fristgerecht eingelegte Widersprüche können nicht berücksichtigt werden.

Hamburg, den 14. Juli 2015

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1181

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
 Postanschrift:
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Bearbeiter: Herrn Weimann
 Telefon: +49/(0)40/4 28 42-218
 Telefax: +49/(0)40/4 27 92-1200
 E-Mail:
 PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
 Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene.
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) Beschreibung**
- II.1.1)** Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
 4121 G 1302
 Umb. Hs 1 Südflügel Mitte, Kreuzbau, Interim
 15 E 0262 Apotheke ELT FM
- II.1.2)** Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Bauleistung
 Ausführung
 Hauptausführungsort:
 Bundeswehr Krankenhaus Hamburg
- II.1.3)** Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4)** Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5)** Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Elektrotechnische und datentechnische Anlagen.
 Umbau des ehemaligen vierstöckigen Bettenhauses zu einer Krankenhausapotheke.
 Es wird darauf hingewiesen, dass durch den Auftragnehmer das Personal so vorzuhalten ist, dass durch doppelte Kolonnen eine parallele Montage in den verschiedenen Ebenen durchgeführt werden kann.
- II.1.6)** Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 45.21.51.40-0
 Ergänzende Gegenstände: 45.31.53.00-1
- II.1.7)** Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8)** Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
 Angebote sollen wie folgt eingereicht werden:
 nur für ein Los
- II.1.9)** Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1)** Gesamtmenge bzw. -umfang:
 53 km Kabel und Leitungen einschließlich Kabelwege, 2 Gebäudehauptverteiler, 30 Unterverteilungen, Einbruchmeldeanlage, Zutrittskontrollanlage, Datennetz, Datenschränke, Lichtruf- und Gegensprechanlage.
- II.2.2)** Optionen: –
- II.3)** Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung
 Beginn: 14. September 2015
 Ende: 2. Juni 2017

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1)** Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.2)** Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.3)** Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (Gesamt-schuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter).
- III.1.4)** Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
Vergabe Nr. 15 E 0262

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsinformationen

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
15 E 0262

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Ja
Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABI:
2015/S_042-070924 vom 25. Februar 2015

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

29. Juli 2015, 24.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 19,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Verwendungszweck:

Vergabe 15 E 0262

Kontonummer: 1027 210 333, BLZ, 200 505 50

IBAN: DE22 2005 0550 1027 2103 33

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

27. August 2015, 10.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 12. Oktober 2015

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

27. August 2015, 10.00 Uhr

Ort: Anschrift siehe Nr. I.1

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Dauerauftrag: –

VI.2) Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird: –

VI.3) Sonstige Informationen

Tag der Absendung der Verdingungsunterlagen an die Käufer der Unterlagen: 4. August 2015

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren: –

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

14. Juli 2015

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN****Los-Nr. 017**

Bezeichnung: Erweiterte Metall- und Schlosserarbeiten

1) **Kurze Beschreibung:**

Elektrotechnische und datentechnische Anlagen.

Umbau des ehemaligen vierstöckigen Bettenhauses zu einer Krankenhausapotheke.

Es wird darauf hingewiesen, dass durch den Auftragnehmer das Personal so vorzuhalten ist, dass durch doppelte Kolonnen eine parallele Montage in den verschiedenen Ebenen durchgeführt werden kann.

- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45.21.51.40-0
Ergänzende Gegenstände: 45.31.53.00-1
- 3) **Menge oder Umfang:** –
- 4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrages:**
Beginn der Bauarbeiten: 14. September 2015
Abschluss der Bauarbeiten: 2. Juni 2017
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 14. Juli 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung – Amtl. Anz. S. 583

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/42826-2631
Telefax: 040/42731-1448,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, ihnen die Unterlagen, gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 25,- Euro, auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.
- Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten sie aber, ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.
- d) Ausführung von Bauleistungen (Straßenbau).
- e) Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg, Bezirk Bergedorf.
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-223/15**

Unterhaltung und Instandsetzung öffentlicher Wegflächen im Zuständigkeitsbereich der Wegeaufsichtsbehörde/unterhaltungspflichtigen Dienststellen der FHH, hier Bezirk Bergedorf, sowie nach Verlegearbeiten der Leitungsverwaltungen. Zusammenfassung der Leistungen im Kleinvertrag Straßenbau-KLV-Bit 15-17. Ausgeschrieben werden Straßenbauarbeiten: Asphaltaufrisch, Herstellen von Fahrbahndecken aus Asphalt, Tragschichten allgemein und mit bitumenhaltigen Bindemitteln, Lieferung von Baustoffen auf Zeit vom 1. Oktober 2015 bis 30. September 2017. Aus den Bietern der öffentlichen Ausschreibung werden 10 Firmen ausgewählt, die mit einem Mittelpreis beauftragt werden.

- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. Oktober 2015
Ende: 30. September 2017
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:
Vom 15. Juli 2015 bis 3. August 2015, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
RB/ZVA, Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
Telefax: 040/42731-0527

- l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN: DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC: PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt

- n) Die Angebote können bis zum 4. August 2015, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

- o) Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 4. August 2015 um 9.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) Siehe Vergabeunterlagen.

- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Ebenso hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer mit Abgabe des Angebotes beizubringen.

Folgende Nachweise und Angaben sind mit dem Angebot vorzulegen:

- Qualifikationsnachweis MVAS, gegebenenfalls Benennung eines Nachunternehmers, Benennung eines Nachunternehmers für Einbau für elastische Reparaturmasse.
- Referenzen und Geräteliste für Gußasphaltarbeiten, gegebenenfalls Benennung eines Nachunternehmers.
- Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs.

- v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2015.

w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/42826-2204

Hamburg, den 15. Juli 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 584

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/42826-2631
Telefax: 040/42731-1448,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, ihnen die Unterlagen, gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 25,- Euro, auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.
- Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten sie aber, ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.
- d) Ausführung von Bauleistungen (Straßenbau).
- e) Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg, Bezirk Eimsbüttel.
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-224/15**
Unterhaltung und Instandsetzung öffentlicher Wegeflächen im Zuständigkeitsbereich der Wegeaufsichtsbehörde/unterhaltungspflichtigen Dienststellen der FHH, hier Bezirk Eimsbüttel, sowie nach Verlegearbeiten der Leitungsverwaltungen. Zusammenfassung der Leistungen im Kleinvertrag Straßenbau-KLV-Bit 15-17. Ausgeschrieben werden Straßenbauarbeiten: Asphaltaufruch, Herstellen von Fahrbahndecken aus Asphalt, Tragschichten allgemein und mit bitumenhaltigen Bindemitteln, Lieferung von Baustoffen auf Zeit vom 1. Oktober 2015 bis 30. September 2017. Aus den Bietern der öffentlichen Ausschreibung werden 10 Firmen ausgewählt, die mit einem Mittelpreis beauftragt werden.
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 1. Oktober 2015
Ende: 30. September 2017
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:
Vom 15. Juli 2015 bis 5. August 2015, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
RB/ZVA, Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
Telefax: 040/42731-0527
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN: DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC: PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 6. August 2015, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 6. August 2015 um 9.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Ebenso hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer mit Abgabe des Angebotes beizubringen.

Folgende Nachweise und Angaben sind mit dem Angebot vorzulegen:

- Qualifikationsnachweis MVAS, gegebenenfalls Benennung eines Nachunternehmers, Benennung eines Nachunternehmers für Einbau für elastische Reparaturmasse.
- Referenzen und Geräteliste für Gußasphaltarbeiten, gegebenenfalls Benennung eines Nachunternehmers.
- Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2015.

w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/42826-2204

Hamburg, den 15. Juli 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 15 A 0025

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49(0)40/42842-200,
Telefax: + 49(0)40/42792-1200
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **15 A 0025**
Bitumen-Estrich
Maßnahme: 4111 G 1201
Teilsanierung Sporthalle CLK (Geb. 25).
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Clausewitz Kaserne,
Manteuffelstraße 20, 22585 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Lieferung und Einbau von etwa 370 m² Bitumenestrich in Erdgeschoss und I. Obergeschoss, einschließlich Perliteschüttung und Trennplatte.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 11. Januar 2016
Fertigstellung der Leistung: 22. Januar 2016
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
Bewerbungsschluss: 31. Juli 2015
Versand der Verdingungsunterlagen: 6. August 2015
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 5,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0025
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
26. August 2015, 10.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 28. September 2015
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/42842-450
Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):
Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 15. Juli 2015

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –**

586

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Laura Gerlitz

Telefon: +49/040/4 28 23 - 63 28

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Neubau der Grundschule Goldbek-Schule, Poßmoorweg 22, Pfahlgründung & Erdarbeiten.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Poßmoorweg 22, 22301 Hamburg.

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Neubau der Goldbek-Schule, Grundschule am Poßmoorweg 22, 22301 Hamburg, Einfeldsport-halle, Aufwärmküche mit Speisesaal, Fachräume, 15 allgemeine Unterrichtsräume plus Differenzierung und Verwaltungsfläche, NGF gesamt ca. 4390 m², sowie Freiflächengestaltung inkl. Entwässerungskanalarbeiten.

Hier:

- Pfahlgründung, als Vollverdrängungsbohrpfähle
- Erdarbeiten

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214210

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja**II.1.8) Lose:**

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für alle Lose.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein**II.2) Menge oder Umfang des Auftrags****II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Gesamtauftragwert über alle Lose auf ca. 611.000,– Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 611.000,– Euro.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein**II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 26 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN**III.1) Bedingungen für den Auftrag****III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –****III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –**

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
 - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2012, 2013, 2014).
 - gültige Freistellungsbescheinigung
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 3 Jahre.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 27/15 G
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja
Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABI:
2015/S 098-176533 vom 22. Mai 2015
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 17. August 2015, 12.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro pro LOS
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.
Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 25 00000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 27/15 G
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.
Bitte beachten: Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
18. August 2015, 10.10 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 18. August 2015, 10.10 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung (U 1)

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
10. Juli 2015

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Neubau der Grundschule Goldbek-Schule, Poßmoorweg 22, Pfahlgründung & Erdarbeiten.

Los-Nr. 1**Bezeichnung:**

Pfahlgründung, als Vollverdrängungsbohrpfähle

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Pfahlgründung, als Vollverdrängungsbohrpfähle
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262211
- 3) **Menge oder Umfang:**
Baustraße 200 m², Arbeitsebene herstellen 1950 m², technische Bearbeitung, Bohrpfähle herstellen 2482 lfm, Pfähle kappen 190 Stück.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 275.400,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 3 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: November 2015 bis Januar 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 18. August 2015 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2**Bezeichnung:** Erdarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** Erdarbeiten
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45112500
- 3) **Menge oder Umfang:**
Fundamentaushübe 342 m², Baugrubenaushübe 1070 m², Bodenaustausch 360 m², Verfüllungen 350 m², offene Wasserhaltung.
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 369.500,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 3 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Januar 2016 bis März 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 18. August 2015 um 10.40 Uhr in Raum 004.

Hamburg, den 10. Juli 2015

Die Finanzbehörde

Der nachstehende Konzernabschluss 2014 der HASPA Finanzholding wurde am 29. April 2015 gebilligt.

Konzern-Lagebericht

Rahmenbedingungen

Weltwirtschaft mit ungleich verteiltem Wachstum

Die Weltwirtschaft konnte im Jahr 2014 an das moderate Wachstum des Vorjahres anknüpfen. Unter den Industriestaaten haben vor allem die USA und das Vereinigte Königreich ihre Wirtschaftsleistung gesteigert, während Japan weiter in ökonomischen Schwierigkeiten feststeckte. Auch im Euroraum verlief die insgesamt positive Entwicklung zunehmend differenziert. Während Spanien und Irland nach den entschlossen umgesetzten Strukturreformen wieder wuchsen, verharrte Italien weiterhin in einer Stagnation.

Angesichts des weiterhin sehr schwachen Preisauftriebs, der im Euroraum mit 0,4 Prozent deutlich unter der Zielmarke von „unter, aber nahe bei 2 Prozent“ liegt, hat die EZB weitere expansive geldpolitische Schritte eingeleitet. Die wiederholten Leitzinssenkungen sowie neue Programme zum Ankauf von Wertpapieren haben zu nochmals gesunkenen und teilweise sogar negativen Renditen auf dem Geld- und Kapitalmarkt geführt.

Wirtschaftswachstum in Deutschland deutlich über den Vorjahren

Die deutsche Wirtschaft hat das Jahr mit einem sehr starken Quartal eröffnet. Nach einer Stagnationsphase im Sommer konnte die Konjunktur – gestützt auf günstiges Öl sowie einen niedrigeren Eurowechselkurs – im vierten Quartal wieder an Fahrt gewinnen. Insgesamt liegt das Wirtschaftswachstum für das Gesamtjahr voraussichtlich bei 1,6 Prozent. Erfreulicherweise wurde das Wachstum vor allem von der Binnennachfrage getragen.

Das inländische Wachstum kam auch der Beschäftigtenzahl zugute. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland stieg abermals auf einen Rekordwert von durchschnittlich 42,7 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm leicht auf 6,7 Prozent ab.

Der deutsche Staatssektor erzielte – auch begünstigt durch das niedrige Zinsniveau – einen leichten Finanzierungsüberschuss von 0,4 Prozent. Zusammen mit dem nominalen Wachstum des Bruttoinlandspro-

dukts reduzierte dies die öffentliche Schuldenstandsquote spürbar.

Wirtschaftswachstum in Hamburg

In Hamburg stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2014 um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit lag das Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum unter dem Bundesdurchschnitt. Das Hamburger Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg hat im dritten und vierten Quartal 2014 jedoch gezeigt, dass jeweils mehr der befragten Hamburger Unternehmen positive als negative Einschätzungen zu ihrer aktuellen und künftigen Geschäftslage sowie ihren Investitions- und Personalplanungen haben. Zudem verzeichnete das Hamburger Handwerk steigende Umsätze. Vor diesem Hintergrund dürfte Hamburg 2014 noch ein Wachstum von 1,5 Prozent erreicht haben.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Hamburg ist damit insgesamt erfreulich und gleichzeitig die Lage auf dem Hamburger Arbeitsmarkt gut. So ist die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg 2014 um rund 13.500 Personen gestiegen. Dieser Zuwachs von 1,1 Prozent lag spürbar über dem bundesweiten Zuwachs von 0,9 Prozent.

Konzernstrategie

Die HASPA Finanzholding hat in ihrer besonderen Rechtsform als juristische Person alten hamburgischen Rechts dauerhaft die Verpflichtung, Sparkassengeschäft im Wirtschaftsraum Hamburg zu betreiben. Diese in ihrer Satzung festgelegte Aufgabe ist verbindlicher Maßstab und Grenze von Geschäftsausrichtung und Strategie der HASPA Finanzholding. Im Zentrum des Gruppeninteresses steht damit immer ein nachhaltiges und stabiles Sparkassengeschäft in der Region.

Dieses wird durch die Hamburger Sparkasse AG als zentralem Tochterunternehmen der HASPA Finanzholding betrieben. Die Hamburger Sparkasse AG hat auch 2014 ihre Position als Marktführer in der Region behauptet und trägt dadurch zur langfristigen Sicherung der Sparkassenidee maßgeblich bei.

Mit den Kompetenzwelten, vier Regionalbereichen und 27 Regionen ist die Hamburger Sparkasse so dezentral und so nah am Kunden wie kein anderes Kreditinstitut in und um Hamburg. Dabei ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor die gute kompetenzweltübergreifende Zusammenarbeit in Filialen und Finanz-Centern. Finanzberater, Vermögensaufbau- und Vermögensoptimierungsberater, Immobilien-spezialisten und Firmenkundenbetreuer beraten den Kunden vollumfassend. Die Wettbewerbsvorteile Kompetenz und Regionalität gilt es im Rahmen der Multikanalstrategie zunehmend auch in die Online-Welt zu übertragen.

Für den langfristigen Erhalt der Sparkassenidee in ihrem Wirkungskreis ist die HASPA-Gruppe und ihr Kerngeschäft stets so auszugestalten, dass sie auch in Zukunft die Haspa der Hamburger bleibt und ihr dies – der Tradition seit 1827 folgend – wirtschaftlich erfolgreich, ohne zusätzlichen Einfluss durch Dritte gelingt.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor des Sparkassengeschäfts ist seine Anpassungsfähigkeit. Diese gilt es auch künftig unter Beweis zu stellen. Die wachsende Vergleichbarkeit von Bankprodukten und -dienstleistungen sowie der Reputationsverlust der Finanzbranche durch die Finanzkrise haben zu einem veränderten Kundenverhalten geführt. Demografische Entwicklung und ein Fortschreiten der digitalen Technologien beschleunigen und erhöhen den Anpassungsbedarf zusätzlich. Die zukunftsfähige Gestaltung des Sparkassengeschäfts kann aufgrund der damit verbundenen inhaltlichen und finanziellen Auswirkungen kaum auf Einzelinstitutsebene, sondern nur im Verbund gelingen. Die zunehmende Geschwindigkeit bei Veränderungsprozessen und die zunehmende Komplexität in der Finanzdienstleistungsbranche erfordern eine erhöhte Effektivität und Effizienz der Zusammenarbeit im Verbund.

Das Handeln der HASPA-Gruppe richtet sich insbesondere auf wirtschaftliche Stabilität, auf Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit sowie auf unternehmerische Unabhängigkeit aus. Dabei muss die HASPA-Gruppe ihr Kapital im Wettbewerb selbst erwirtschaften und es optimal einsetzen, um die

wachsenden Eigenkapitalanforderungen dauerhaft aus eigener Kraft erfüllen zu können. Daneben ist die Reputation ein wichtiger Erfolgsfaktor. Unser Handeln zielt daher in besonderem Maße auf die Errichtung und den Erhalt nachhaltiger Geschäftsmodelle. Dies macht die HASPA zu einem verlässlichen Partner für Kunden, Mitarbeiter und die Region. Der erfolgreichen HASPA-Geschichte folgend, gehört eigenverantwortliches Handeln zum Grundverständnis. Hierbei gilt es ein ausgewogenes Maß zwischen HASPA-individuellen Konzepten und Verbund- sowie Standardlösungen zu finden. Individualität gilt es dort zu verfolgen, wo diese mit unmittelbarem wirtschaftlichen Nutzen verbunden ist. In Bereichen, in denen dies nicht gilt, wollen wir uns künftig stärker an DSGVO-Konzepten orientieren, um von der Zusammenarbeit mit anderen gegenseitig zu profitieren.

Die HASPA-Gruppe umfasst Unternehmen unterschiedlicher Geschäftsmodelle, Größe, Entwicklungsstände und Unternehmenskulturen. Ferner bestehen Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen, verbunden mit entsprechend unterschiedlich großen Einflussmöglichkeiten. Der stetige Wandel wird sukzessive durch die Fortentwicklung der HASPA-Gruppe und ihrer Einzelgesellschaften vollzogen. Für ein erfolgreiches Agieren der Gruppe und ihre Ausrichtung auf die übergreifenden gemeinsamen Ziele bedarf es einer gelungenen Mischung zwischen wichtigen unternehmerischen Freiheiten der Einzelgesellschaften einerseits und erforderlichen zentralen steuernden sowie auch verbindenden Instrumenten andererseits. Das Beteiligungs- und Risikomanagement der HASPA-Gruppe besteht daher aus jeweils individuell ausgestalteten Instrumenten auf Ebene der Einzelgesellschaften und einheitlichen gruppenübergreifenden Instrumenten.

Seit 2013 ist die HASPA Finanzholding Mehrheitsgesellschafterin der Sparkasse Mittelholstein AG. Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbands für Schleswig-Holstein und gehört innerhalb des Verbandsgebiets zu den mittelgroßen Häusern. Ihr Kerngeschäftsgebiet umfasst den Kreis Rendsburg-Eckernförde sowie die angrenzen-

den Kreise / Städte, wobei sie sich auf den Wirtschaftsraum Rendsburg, die Stadt Büdelsdorf, die Region Nortorf-Felde und Hanerau-Hademarschen fokussiert. Mit einem Marktanteil von 40 Prozent und einem weitreichenden Zweigstellennetz ist die Sparkasse in der Region gut aufgestellt und stellt die Versorgung ihrer Kunden mit geld-, vermögensbildenden- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicher.

Die Grossmann & Berger GmbH, unsere in der Immobilienvermittlung und -beratung tätige Tochter, ist eines der führenden Maklerhäuser in der Metropolregion Hamburg mit zunehmenden überregionalen Aktivitäten an weiteren Standorten in Berlin und auf Sylt sowie über das im Jahr 2013 gegründete überregionale Netzwerk German Property Partners. Die Marke Grossmann & Berger genießt hohes Vertrauen und verfügt in Hamburg über eine starke Marktpräsenz. Die Geschäftsstrategie von Grossmann & Berger basiert dabei auf zwei Säulen: dem Bereich Gewerbeimmobilien, als dem historischen Kerngeschäft des Unternehmens, sowie dem gemeinsam mit der HASPA Finanzholding in den letzten Jahren erfolgreich etablierten Bereich Wohnimmobilien. Strategisch liegt der Fokus auf dem Erhalt der Marktposition im Kernmarkt bei systematischer Prüfung von Wachstumspotenzialen in einzelnen Geschäftsfeldern und Regionen. So wurde im Jahr 2014 – in Kooperation mit der HASPA HanseGrund – das in Berlin bereits etablierte Geschäftsfeld der Eigentümervertretung auch in Hamburg erfolgreich gestartet. Kunden von Grossmann & Berger und der Hamburger Sparkasse AG können somit auf professionelle Dienstleistungen in der Vermittlung von Immobilien sowie in der immobilienbezogenen Beratung zurückgreifen und dabei von starker lokaler Verankerung sowie der zunehmenden Entwicklung überregionaler Expertise profitieren.

Die immobilienbezogenen Aktivitäten der HASPA-Gruppe werden durch weitere Tochtergesellschaften ergänzt, die gemeinsam das Immobilien-Management bilden. Die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, die NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH, die Wohnungsunternehmen Fiefstücken

GmbH und die HASPA HanseGrund GmbH nutzen ihre regionale Marktkennntnis zum zielgerichteten Ausbau der Marktposition in der Fremdverwaltung und der Weiterentwicklung ihres Bestands an Gewerbe- und Wohnimmobilien im Raum Hamburg.

Die NM Nord-IMMO hält, verwaltet und entwickelt dabei die Gewerbeimmobilien innerhalb der HASPA-Gruppe, das Wohnungsunternehmen Fiefstücken die Wohnimmobilien. Die HASPA HanseGrund wird rückwirkend zum 1. Januar 2015 mit der Becken Verwaltungs GmbH fusionieren. Die Verwaltungsaktivitäten beider Unternehmen werden in der HASPA HanseGrund zusammengelegt, die Becken Holding übernimmt in diesem Zuge einen Anteil von 43,3 Prozent an der HASPA HanseGrund. Durch diese strategische Partnerschaft wird die Marktpositionierung der Gesellschaft als qualitativ hochwertiger Immobilienverwalter für Gewerbe- und Wohnimmobilien weiter gefestigt und auch überregional ausgeweitet. Die HASPA HanseGrund wird damit zukünftig das gesamte Leistungsspektrum des Property Managements mit Vermietungsmanagement und technischem Hausmeisterservice für Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Wohnungseigentümergemeinschaften anbieten können. Durch die Einbindung in die Immobilien-Management-Aktivitäten der HASPA-Gruppe werden Erlössynergien innerhalb der Gruppe realisiert. Gleichzeitig wird auf diese Weise die am Markt wahrgenommene Immobilienkompetenz der HASPA-Gruppe erhöht.

Das Dienstleistungsangebot der auf Geld- und Werttransporte spezialisierten Logistiktochter HLS Hamburger Logistik Service GmbH ist – auch aufgrund der Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe – von einer hohen Verlässlichkeit und Qualität gekennzeichnet. Auf Basis der daraus resultierenden guten Marktposition werden einerseits Wachstumspotenziale am Markt erschlossen und andererseits der Hamburger Sparkasse AG und den neuen Gesellschaftersparkassen weiterhin qualitativ hochwertige Cash-Dienstleistungen zur Verfügung gestellt. Zur Umsetzung des geplanten Wachstumspfad haben sich im Rahmen einer Kapitalerhöhung zum 1. Januar 2014 sieben schleswig-holsteinische Sparkassen über den Sparkas-

sen- und Giroverband für Schleswig-Holstein an der HLS unternehmerisch beteiligt. Im Laufe des Geschäftsjahres 2014 erfolgten die Übernahmen der Wertlogistik für die Sparkasse Westholstein und die Sparkasse Lübeck. Die Migrationen der Sparkasse Hohenwestedt, der Förde Sparkasse, der Bordesholmer Sparkasse sowie der Sparkasse Mittelholstein werden im Laufe des Geschäftsjahres 2015 abgeschlossen. Um den operativen Betrieb in Schleswig-Holstein wirtschaftlich abzubilden, wurde in 2014 ein neues Geldlogistikzentrum verkehrsgünstig in Schacht-Audorf bei Rendsburg aufgebaut. Somit ist die HLS bereits heute in beiden Bundesländern flächendeckend vertreten.

Im Jahr 2014 konnten – wie bereits in den Vorjahren – zahlreiche Neukunden für die HLS gewonnen werden. Auch zukünftig sollen zur weiteren Marktdurchdringung verstärkt zusätzliche Kunden insbesondere aus der Finanzdienstleistungs- und Einzelhandelsbranche akquiriert werden. Dabei wird der Fokus der Vertriebsaktivitäten – neben dem etablierten Geschäftsgebiet Hamburg – bereits aktiv auf das Marktgebiet Schleswig-Holstein gerichtet. Langfristig wird eine Ausdehnung der HLS auf Geschäftsgebiete außerhalb Norddeutschlands unter Einbindung starker Kooperationspartner – analog der Expansion nach Schleswig-Holstein – in Betracht gezogen.

Die NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH wurde gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein (SGVSH) sowie der Sparkasse in Bremen zur Bündelung von Stabs- und Backoffice-Funktionen für Sparkassen aufgebaut. Sie bietet Dienstleistungen vom Kreditservice über Marktservice bis hin zu Finanzen und Controlling an. Im Zuge der Veränderungen der Outsourcing-Märkte werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Marktteilnehmern und die Hebung von Synergien in Produktions- und Stabsfunktionen geprüft. Gespräche mit einem anderen großen Marktteilnehmer mündeten in einen Letter of Intent der Eigentümer beider Gesellschaften, der die Grundlage für Projektarbeiten zur Konkretisierung einer Zusammenarbeit bildet. Eine Umsetzung des Kooperationsvorhabens ist für 2015 geplant.

Gemeinsam mit dem SGVSH ist die HASPA Finanzholding an der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG beteiligt. Für die LBS ist die Unterstützung der weiteren Stärkung der Verbundpartnerschaft mit ihren Vertriebspartnern, den Sparkassen in Schleswig-Holstein und Hamburg, ein zentrales Element der Weiterentwicklung. Ferner sind die neue leben-Gesellschaften wichtige Produktlieferanten.

Die HASPA Finanzholding arbeitet auch im Rahmen ihres gruppenweiten Risikomanagements eng mit den Tochterunternehmen zusammen. Als Kompetenz-Center erbringt sie darüber hinaus umfangreiche Dienstleistungen insbesondere auf den Gebieten der steuerlichen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Beratung.

Geschäftsverlauf der HASPA-Gruppe

Entwicklung des Jahresüberschusses

Die HASPA-Gruppe konnte im Geschäftsjahr 2014 erneut einen soliden Konzern-Jahresüberschuss von knapp 67 Millionen Euro erzielen. Dieser ist im Vorjahresvergleich durch günstigere Bewertungsaufwendungen für Beteiligungsbuchwertrisiken bei gleichzeitig einer höheren Bildung von Vorsorgereserven für künftige mögliche Risiken in Folgejahren geprägt. Das Konzernergebnis und dessen Entwicklung werden im Wesentlichen durch die Ergebnisse der nachfolgend dargestellten Konzernunternehmen bestimmt.

Gute Vermögens- und Finanzlage

Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Milliarden Euro auf 45,5 Milliarden Euro. Der Anstieg ist insbesondere auf die Zunahme der Kundenverbindlichkeiten bei der Hamburger Sparkasse AG und parallel der Wertpapieranlagen sowie Bankenforderungen zurückzuführen.

Die seit 2014 nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) als europäische Umsetzung von Basel III ermittelte Eigenkapital-Ausstattung der HASPA-Gruppe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr auf 3.969 Millionen Euro Kernkapital bzw. 4.277 Millionen Euro Eigenmittel. Dem stehen

aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen von 2.421 Millionen Euro gegenüber, so dass sich mit einer Kernkapitalquote von 13,11 Prozent und einer Gesamtkapitalquote von 14,13 Prozent eine im Vorjahresvergleich weiter verbesserte Kapitalausstattung ergibt.

Die vorgenommene Übertragung von 200 Millionen Euro aus der „Vorsorge für allgemeine Bankrisiken“ in den „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ wird sich zusammen mit den vorgesehenen Gewinnthesaurierungen nach erfolgter Billigung des Konzernabschlusses 2014 zusätzlich positiv in der Kernkapitalquote niederschlagen.

Die HASPA-Gruppe unterliegt seit November 2014 der Beaufsichtigung durch die Europäische Zentralbank (EZB). Zuvor hat die EZB insgesamt 130 Banken in Europa, darunter 24 deutsche Institute einschließlich der HASPA-Gruppe, einer Bilanzprüfung und einem Stresstest unterzogen. Wie erwartet hat die HASPA-Gruppe mit ihrer Tochter Hamburger Sparkasse AG den Stresstest vor dem Hintergrund des risikoarmen Geschäftsmodells sowie der soliden Eigenkapitalausstattung erfolgreich bestanden. Die im Basisszenario geforderte harte Kernkapitalquote von 8 Prozent kann ebenso eingehalten werden wie der im Stressszenario gesetzte Schwellenwert von 5,5 Prozent; selbst unter der Annahme deutlich adverser Entwicklungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann die HASPA-Gruppe immer noch fast doppelt so viel Eigenkapital ausweisen wie von der europäischen Bankenaufsicht gefordert. Im Übrigen hatte die HASPA-Gruppe von allen 24 getesteten deutschen Banken nach Bilanzprüfung und Stressszenario die niedrigsten Abzüge auf die Kernkapitalquote.

Unsere Kapitalausstattung ist somit weiterhin eine gute Grundlage für eine gesellschaftsrechtlich unabhängige Entwicklung der HASPA-Gruppe.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe, die sich auch in der Kapitalflussrechnung widerspiegelt, ist vor dem Hintergrund der Refinanzierungs- und Anlagestruktur bei einem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem Kundengeschäft der Institute als

komfortabel zu bezeichnen. Als Liquiditätsreserve werden hochliquide Wertpapiere gehalten. Zudem tritt die Hamburger Sparkasse AG aufgrund ihrer guten Mittelausstattung am Bankenmarkt weiterhin primär als Geldgeber auf.

Entwicklung wichtiger Unternehmen der HASPA-Gruppe

Hamburger Sparkasse AG – Jahresergebnis in einem weiter herausfordernden Umfeld über Vorjahresniveau

Das Jahresergebnis der Hamburger Sparkasse AG liegt mit 80 Millionen Euro um 5 Millionen Euro über dem Vorjahr. Dabei führen geringfügig höhere Erträge sowie leicht niedrigere Aufwendungen zu einem verbesserten Betriebsergebnis vor Bewertung. Auch das Bewertungsergebnis fällt günstiger aus als im Vorjahr und bewegt sich auf einem weiterhin erfreulichen Niveau.

Der Zinsüberschuss lag mit 677 Millionen zwar fast auf dem Vorjahresniveau, jedoch unter den Erwartungen. Insbesondere das weiter gesunkene Zinsniveau wirkte sich belastend auf die Komponenten des Zinsergebnisses aus. Das Kundengeschäft leistete weiterhin den größten Beitrag zum Zinsüberschuss. Während hier die aktivischen Bestände aufgrund der geringen Kreditnachfrage unter dem Vorjahr lagen, konnten die passivischen Bestände zwar ausgeweitet werden, jedoch waren die Konditionsbeiträge durch das Zinsumfeld belastet. Der Fristentransformationsbeitrag fällt geringer aus als erwartet, liegt aufgrund etwas höherer Risikonahme jedoch über dem Vorjahr. Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren haben sich gegenüber dem Vorjahreswert reduziert.

Der Provisionsüberschuss nahm um 8 Millionen Euro auf 263 Millionen Euro zu, blieb allerdings hinter der erwarteten deutlichen Zunahme zurück. Der Anstieg resultiert zu einem Teil aus höheren Provisionen im Giro- und Zahlungsverkehr. Daneben haben sich insbesondere die Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft erhöht. Die Beiträge der weiteren Provisionen liegen in Summe auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Personalaufwand verringerte sich entgegen der ursprünglichen Erwartung um 2 Millionen Euro oder knapp 1 Prozent auf 345 Millionen Euro. Der zu Mitte des Jahres erfolgten Tarifierhebung steht eine durchschnittliche Mitarbeiteranzahl gegenüber, die wie erwartet unter dem Vorjahr gelegen hat. Darüber hinaus gab es verschiedene Effekte, die sich positiv auf die Entwicklung des Personalaufwands ausgewirkt haben. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 27 Millionen Euro auf 113 Millionen Euro insbesondere infolge einer geringeren Risikoversorge durch Rückstellungen, der höhere Aufwendungen aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen infolge des geringen Zinsniveaus gegenüberstehen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind um zusammen rund 20 Millionen Euro auf insgesamt 326 Millionen Euro gestiegen. Dieser Anstieg ist zu einem großen Teil auf gestiegene Aufwendungen für die institutsübergreifende Einlagensicherung zurückzuführen.

Die Ansätze der Hamburger Sparkasse AG im Bewertungsergebnis sind – wie im Vorjahr – als konservativ zu bezeichnen. So werden die Wertpapier-Eigenanlagen nach wie vor ausschließlich nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots bewertet. Das Bewertungsergebnis Wertpapiere fällt mit einem gering negativen Betrag günstiger aus als im Vorjahr. Auch die Risikoversorge im Kreditgeschäft hat sich gegenüber dem bereits sehr günstigen Wert des Vorjahres nochmals verringert. Ein wesentlicher Teil des Bewertungsergebnisses ist auf eine Vorsorge für künftige mögliche Risiken oder Anforderungen in den Folgejahren zurückzuführen. Insgesamt fällt das Bewertungsergebnis damit besser als im Vorjahr sowie – insbesondere infolge der sehr günstigen Entwicklung im Kreditgeschäft – günstiger als erwartet aus.

Nach einem höheren Steueraufwand von 84 Millionen Euro verbleibt wie geplant ein Jahresergebnis von 80 Millionen Euro, das aufgrund des bestehenden Unternehmensvertrags an die HASPA Finanzholding abgeführt wird.

Sparkasse Mittelholstein AG trotz schwierigen Umfelds mit verbessertem Jahresergebnis

Das Jahresergebnis der Sparkasse Mittelholstein AG liegt mit 2,5 Millionen Euro über dem Vorjahreswert von 2,3 Millionen Euro. Mit einem Anstieg von rund 1,6 Millionen Euro lag der Zinsüberschuss erkennbar über dem Vorjahresniveau und beläuft sich nun auf 35,4 Millionen Euro. Bei anhaltender Niedrigzinssituation sind die Zinsaufwendungen stärker als die Zinserträge gesunken. Das Provisionsergebnis stieg um 1,4 Millionen Euro auf 10,6 Millionen Euro.

Die Verwaltungsaufwendungen haben um 0,9 Millionen Euro auf 34,4 Millionen Euro zugenommen. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand aufgrund von Aufwendungen für Altersversorgung sowie von Tarifsteigerungen, während der Sachaufwand zurückging. Insbesondere aufgrund von gesunkenen Nachschussverpflichtungen in den regionalen Stützungsfonds hat sich das sonstige betriebliche Ergebnis um 5,5 Millionen Euro auf minus 0,6 Millionen Euro verbessert.

Nach deutlich positiven Einmaleffekten bei der Risikoversorge Kredit des Vorjahres hat sich das Bewertungsergebnis aktuell mit minus 2,3 Millionen Euro wieder normalisiert und fällt günstiger aus als erwartet. Aufgrund dessen läuft auch das Betriebsergebnis nach Bewertung oberhalb der Erwartung aus.

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die Sparkasse ein Betriebsergebnis nach Bewertung auf Vorjahresniveau.

NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH: Nachfragerückgang erfordert strukturelle Anpassungen

Die NRS bildet mit ihren Tochterunternehmen Kredit-Service-Center GmbH und NRS Consulting GmbH die NRS-Gruppe, die als erfahrener Spezialist im Bereich Stabs- und Backoffice-Dienstleistungen für Sparkassen ein breites Leistungsspektrum in den Bereichen Marktfolgegeschäfte (Kreditservice und Marktservice für Einlagen und Dienstleistungen), Dokumentenmanagement (Digitalisierung) und Consulting (Prozessoptimierungen und Optimierung von Geschäftsprozessen) sowie Finanzen und Controlling anbietet. Dienstleistungen, die

nicht direkt durch die NRS-Gruppe angeboten werden, sind durch Kooperationen (zum Beispiel im Bereich Zahlungsverkehr) abgedeckt. Aus Sicht der Leistungsabnehmer liegen die Vorteile insbesondere in der Chance, sich auf Vertriebsaktivitäten als Kerngeschäft zu konzentrieren.

Die Umsatzerlöse der NRS-Gruppe liegen mit 61,9 Millionen Euro deutlich unter dem Vorjahr, in dem teilweise noch Erlöse aus der zwischenzeitlich weitgehend beendeten Geschäftsbeziehung mit der Sparkasse Bremen enthalten waren. Die von der NRS eingeleiteten Gegensteuerungsmaßnahmen wurden in 2014 intensiviert. Im Zuge der erheblichen Reduzierung der Leistungsnachfrage durch die Sparkasse Südholstein wurde die Schließung des Standortes Neumünster notwendig, wodurch Restrukturierungsaufwendungen von rund 2,8 Millionen Euro anfallen. Im Ergebnis führte dies bei der NRS wie erwartet zu einem Fehlbetrag in Höhe von 3,4 Millionen Euro. Im Einzelabschluss der NRS GmbH wird nach Ausübung des Wahlrechts zur Aktivierung latenter Steuern ein Jahresüberschuss von 0,6 Millionen Euro ausgewiesen.

Durch den derzeit tendenziell schrumpfenden Markt für Outsourcing besteht das Risiko, dass trotz der breiten Kundenbasis der NRS der Dienstleistungsabsatz weiter zurückgeht. Die NRS-Gruppe stellt sich darauf sowohl mit einem ausgeprägten Qualitäts- und Leistungsmanagement und einer spezifischen Neuproduktentwicklung als auch einer Fortsetzung der erfolgreich gestarteten strukturellen Anpassungen ein. Aufgrund der hiermit verbundenen Restrukturierungsaufwendungen wird für das Geschäftsjahr 2015 ein negatives Ergebnis erwartet.

Bruttoneugeschäft der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG weiterhin auf hohem Niveau

Bausparen ist der Weg zu einer zinssicheren und flexiblen Finanzierung von Maßnahmen rund um die Wohnimmobilie. Auch und gerade im gegebenen Niedrigzinsumfeld bleibt der Bausparvertrag daher als Instrument zur Sicherung vor steigenden Zinsen höchst attraktiv. Die LBS erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 einen Absatz von Bau-

sparneuverträgen bezogen auf die Bausparsumme in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. Der Vermittlungsanteil der Hamburger Sparkasse AG belief sich auf 36 Prozent, der Anteil der schleswig-holsteinischen Sparkassen auf 45 Prozent und der eigene Außendienst sowie sonstige Vermittlungen trugen mit einem Vertriebsanteil von 19 Prozent zum Absatzserfolg bei. Zum Jahresende betreute die LBS insgesamt 445.488 Verträge mit einer verwalteten Bausparsumme von 14,3 Milliarden Euro, die sich damit um 1,7 Prozent erhöht hat.

Das Kreditneugeschäft insgesamt lag unter dem Vorjahr. Die Bewilligungen kollektiver Baudarlehen gingen um 18 Prozent auf 65,2 Millionen Euro zurück. Im außerkollektiven Kreditgeschäft wurden 174,9 Millionen Euro bewilligt, 9 Prozent weniger als im Vorjahr.

Der Zinsüberschuss der LBS ging zinsniveaubedingt auf 47,2 Millionen Euro zurück, während das Provisionsergebnis etwas besser als im Vorjahr ausfiel. Der Verwaltungsaufwand betrug 32,5 Millionen Euro; der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die Veränderung der Rückstellungen für Altersversorgung zurückzuführen. Insgesamt ist das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Millionen Euro auf 5,7 Millionen Euro zurückgegangen. Nach Steuern wird ein Jahresüberschuss von 2,9 Millionen Euro ausgewiesen, der erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert liegt.

Für die kommenden Jahre rechnet die LBS mit einem Neugeschäftszuwachs und einer Stärkung der Marktposition mit der strategischen Stoßrichtung „40 plus“. 2015 soll die Vertriebsleistung auf knapp 2,1 Milliarden Euro Bruttobausparsumme gesteigert werden, für den Marktanteil wird ein moderater Anstieg erwartet. Das Jahresergebnis wird positiv bleiben, aber aufgrund der anhaltenden Belastungen aus der extremen Niedrigzinsphase sowie Einflüssen aus neuen aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen unter der Größenordnung des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen.

neue leben Holding AG mit geringerem Ergebnis

Der Jahresüberschuss der neue leben Holding AG, die als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen wird, beträgt im Geschäftsjahr 2014 17,2 Millionen Euro und liegt damit unter dem Vorjahr sowie unter Plan. Ursächlich hierfür ist die aufgrund des weiter anhaltenden niedrigen Zinsniveaus notwendige Erhöhung der Zinszusatzreserve zur Sicherung der Finanzierung der garantierten Rechnungszinsen bei der neue leben Lebensversicherung AG. Weiterhin hat die Beendigung einer Beteiligung der neue leben Holding AG das Ergebnis belastet.

Die Kunden der neue leben Lebensversicherung AG erhalten für 2015 eine mit 4,25 Prozent im Marktvergleich hohe Gesamtverzinsung, welche aufgrund des nachhaltig niedrigen Zinsumfelds gegenüber dem Vorjahr weiter um 0,25 Prozentpunkte abgesenkt wurde. Wesentliche Gründe für die gute Gesamtverzinsung liegen neben einer nachhaltigen Kapitalanlagepolitik in der günstigen Kostenstruktur der Gesellschaft.

Die neue leben Unfallversicherung AG konnte im Geschäftsjahr 2014 ihr Neugeschäft vor allem im Bereich der Arbeitslosigkeitsversicherung ausbauen und dort die Bruttobeiträge um über 8 Prozent gegenüber 2013 steigern.

Im Hinblick auf die voraussichtlich weiter andauernde Niedrigzinsphase sowie aufgrund von Belastungen durch das Lebensversicherungsreformgesetz wird für 2015 ein deutlich reduzierter Jahresüberschuss der neue leben Holding AG geplant.

Die neue leben Pensionskasse AG hat aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsumfelds im Geschäftsjahr 2014 weitere Maßnahmen zur Stärkung der Solvabilität vorbereitet.

Grossmann & Berger GmbH mit positiver Ergebnisentwicklung

Die Grossmann & Berger GmbH hat wie auch im Vorjahr im Jahr 2014 von der positiven Entwicklung am Hamburger Wohnimmobilienmarkt profitiert. Eine ausgeprägte, vom weiter niedrigen Zinsniveau be-

flügelte Nachfrage und ein sich verknappendes Objektangebot führten zu einem nochmaligen Anstieg der Preise. Bereits im Jahr 2013 wurde am bisher auf den Bereich Gewerbeimmobilien fokussierten Standort Berlin der Bereich Wohnen-Neubau aufgebaut; insgesamt konnte der Standort Berlin ein deutliches Umsatz- und Ergebniswachstum gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

Im Jahr 2014 hat Grossmann & Berger insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 24,8 Millionen Euro sowie einen Jahresüberschuss von rund 3,5 Millionen Euro erzielt. Sowohl Umsatz als auch Gewinn liegen deutlich über den Vorjahreswerten, jedoch – aufgrund geringerer Erlöse insbesondere in den Bereichen Gewerbe-Investment und Wohnen-Neubau – unterhalb der Erwartungen. Die HASPA Finanzholding vereinnahmt den auf sie entfallenden Teil des Jahresüberschusses phasengleich.

Zum Jahresbeginn wurde ein ruhestandsbedingter Wechsel in der Geschäftsführung für das gewerbliche Investmentgeschäft von Grossmann & Berger vollzogen. Weiterhin zunehmender Wettbewerb – insbesondere auch die fortschreitende Internationalisierung der Marktteilnehmer im Investmentgeschäft – sowie ansteigende Vermarktungszeiten im Neubaugeschäft werden Umsätze und Jahresergebnis von Grossmann & Berger im Jahr 2015 voraussichtlich belasten. Daher wird ein leicht niedrigerer Jahresüberschuss als im Vorjahr erwartet.

NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG mit positivem Ergebnis

Die Nord-IMMO verwaltet eigene und fremde Immobilienbestände. Das Geschäftsmodell des Unternehmens steht damit auf zwei stabilen Säulen. Im vergangenen Jahr hat die Gesellschaft wieder in den Immobilienbestand investiert und die Objekte somit renditeorientiert weiterentwickelt. Das Geschäftsjahr 2014 wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 0,6 Millionen Euro im Wesentlichen aufgrund geringerer Sachkosten über den Erwartungen und deutlich über dem Vorjahresergebnis abgeschlossen. Für das kommende Geschäftsjahr wird mit einem Ergebnis auf ähnlichem Niveau gerechnet.

NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH noch ohne Investitionen

Die in 2013 neu gegründete Nord-IMMO Erste beobachtet den Markt, um zielgerichtet Investitionsoportunitäten wahrnehmen zu können. Das Geschäftsjahr 2014, in dem noch keine Investitionen erfolgt sind, wurde plangemäß mit einem leichten Jahresüberschuss beendet. Für das kommende Jahr erwartet die Geschäftsführung wiederum ein leicht positives Ergebnis.

Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH mit erfreulichem Jahresergebnis

Das Wohnungsunternehmen Fiefstücken hält und verwaltet als Teil des HASPA Immobilien-Managements das Wohnungsportfolio der HASPA-Gruppe. Das Unternehmen konnte das Geschäftsjahr 2014 aufgrund niedrigerer Instandhaltungsaufwendungen mit einem erfreulichen Jahresüberschuss in Höhe von 0,4 Millionen Euro deutlich über dem erwarteten Ergebnis sowie dem Vorjahresergebnis abschließen. Für das kommende Geschäftsjahr erwartet die Geschäftsführung ein Ergebnis in ähnlicher Höhe.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2014 sind über die bereits dargestellten Entwicklungen hinaus keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Unternehmensgruppe führen könnten.

Risikobericht**Risikomanagementziele und Organisation**

Das verantwortungsbewusste Eingehen von mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken ist integraler Bestandteil der Marktaktivitäten der HASPA-Gruppe. Das Risikomanagement in der HASPA-Gruppe zeichnet sich durch ein System zentraler und dezentraler Bestandteile aus. Das zentrale Risikomanagement wird zum einen durch das konzernweite, differenzierte Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding realisiert. In einer betriebswirtschaftlichen Orientierung steht hierbei insbesondere das frühzeitige Erkennen von Chancen und

Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Beteiligungsunternehmen im Vordergrund.

Zum anderen wird das konzernweite Beteiligungsmanagement um das Risikomanagement im aufsichtsrechtlichen Sinne ergänzt, das sich insbesondere an den Anforderungen der MaRisk orientiert. Dazu gehört eine auf der Geschäftsstrategie aufbauende Risikostrategie für die HASPA-Gruppe, die im Kern ein hanseatisch konservatives Risikoverständnis dokumentiert. Im Vordergrund steht hierbei die Sicherung des langfristigen Erhalts der Sparkassenidee durch die HASPA Finanzholding. Strategisches Ziel der Risikosteuerung ist es, die Risikotragfähigkeit der betriebenen Geschäfte langfristig abzusichern, die gruppenbezogenen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen und die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

Verantwortlich für das gruppenweite Risikomanagement ist der Vorstand der HASPA Finanzholding. Dieser hat die organisatorischen Rahmenbedingungen für das Risikomanagement festgelegt. Die aufsichtsrechtliche Gruppenrisikomanagementfunktion wird im Unternehmensbereich Finanzen wahrgenommen, wobei die NRS als der HASPA-Gruppe angehöriges Dienstleistungsunternehmen operativ unterstützend tätig wird. Die Mitarbeiter der Risikomanagementfunktion haben alle notwendigen Befugnisse und einen uneingeschränkten Zugang zu allen Informationen, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Der im Unternehmensbereich Finanzen erstellte Bericht zur Ertrags- und Risikolage wird quartalsweise dem Vorstand vorgelegt. Der Bericht beinhaltet insbesondere die Erfolgsvorschau und die Vorschau der Beteiligungserträge der HASPA Finanzholding für das aktuelle Geschäftsjahr sowie die dem Risikomanagement auf Gruppenebene zugrunde liegenden Risikokennzahlen. Eine Erörterung der Ertrags- und Risikolage mit dem Vorstand erfolgt quartalsweise im Rahmen von dessen Sitzungen. Zwischen den Quartalsberichten wird der Vorstand bei wesentlichen Ereignissen ad hoc informiert. Die Berichterstattung an den Vorstand dient gleichzeitig als Basis für die

regelmäßige bzw. anlassbezogene Information der Aufsichtsgremien.

Neben dem zentralen Risikomanagement bestehen in den einzelnen Gruppenunternehmen dezentral Risikomanagementsysteme, über deren wesentliche Ergebnisse der HASPA Finanzholding regelmäßig berichtet wird. Die konkrete Ausgestaltung des Risikomanagements in den Gruppenunternehmen richtet sich nach Art, Umfang und Komplexität ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit sowie etwaigen spezialgesetzlichen Anforderungen. Die Risikosteuerung in Form einer aktiven Risikoprävention bzw. -reduktion erfolgt dezentral in den Unternehmen der HASPA-Gruppe – einschließlich der HASPA Finanzholding selbst – unter Beachtung der gruppenweiten Risikostrategie sowie des Limitsystems. Dementsprechend wird die Verantwortung für die Risikoartensteuerung dezentral im Rahmen der vorgegebenen Unternehmenslimite wahrgenommen.

Gleichzeitig erfolgt auch auf Ebene der Gruppenunternehmen eine Identifizierung und Nutzung von Chancen hinsichtlich der Entwicklung der geschäftlichen Aktivitäten. Bei den Instituten der HASPA-Gruppe werden Entwicklungschancen regelmäßig auch im Rahmen der Strategieprozesse analysiert. Die Fortentwicklung der bankspezifischen Produkte sowie das Vertriebsmanagement werden von den Instituten auf dezentraler Basis verantwortet. Zudem werden Chancen im Hinblick auf eine Ertragsoptimierung bei der Allokation der Kapitalanlagen berücksichtigt. Auch bei den weiteren Gesellschaften der HASPA-Gruppe obliegt die Identifizierung und Umsetzung geschäftlicher Chancen zunächst den Beteiligungsunternehmen auf dezentraler Ebene, wobei stets der auf Gruppenebene bestehende strategische Rahmen zu berücksichtigen ist. Begleitet und ergänzt wird dieses Chancenmanagement durch das konzernweite Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding.

Die Konzernrevision ist Teil des vom Vorstand der HASPA Finanzholding eingerichteten Risikomanagements der HASPA-Gruppe. Sie nimmt ihre Aufgaben im Auftrag des Vorstands selbstständig und unabhängig wahr und beurteilt die Wirksamkeit des

gruppenweiten Risikomanagements und des internen Kontrollsystems sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse und Aktivitäten auf Basis einer risikoorientierten Prüfungsplanung. Darüber hinaus berichtet die Konzernrevision dem Vorstand über die Prüfungsergebnisse der internen Revisionen der wesentlichen Gruppenunternehmen.

Konzernweites Beteiligungsmanagement

In der HASPA Finanzholding erfolgt eine Betrachtung von Chancen und Risiken mithilfe des konzernweiten Beteiligungsmanagements auf der Grundlage vereinheitlichter Planungs- und Berichtsprozesse.

Neben den gruppenübergreifenden Prozessen richtet sich auf Ebene der Einzelgesellschaften die konkrete Ausgestaltung ihrer Betreuung im Beteiligungsmanagement nach ihrer Bedeutung für die Gruppe und der jeweiligen Situation der Einzelgesellschaft (Handlungsmöglichkeiten oder -bedarf unter Berücksichtigung der Auswirkungen und Relevanz für den Erfolg der Gruppe). Die Umsetzungsbegleitung wird bedarfsweise durch die Vorbereitung von Mandatsträgern in Aufsichtsgremien und den direkten Austausch mit den Führungskräften der Beteiligungsunternehmen bis hin zu umfangreicher, gemeinsamer Projektarbeit sichergestellt.

Die Steuerung zentraler Beteiligungsunternehmen der HASPA-Gruppe erfolgt demgegenüber durch partielle Personenidentität vom Vorstand bzw. von Mitarbeitern der HASPA Finanzholding und Geschäftsleitungen der Beteiligungen. Zusätzlich bestehen hier auch in den jeweiligen Aufsichtsgremien Doppelmandate, die für eine enge Begleitung und Vernetzung sorgen.

Die Geschäftsstrategie und Risikostrategie der HASPA-Gruppe definieren den Rahmen für die dezentralen Geschäftsaktivitäten in den jeweiligen Gruppenunternehmen. Eine weitere Operationalisierung erfolgt insbesondere in den Strategien der Gruppenunternehmen.

Der regelmäßige Berichtsprozess im Rahmen des Beteiligungsmanagements der HASPA Finanzholding besteht im Wesentlichen aus zwei Komponen-

ten. Zunächst werden in einem jährlichen Prozess durch das Management des jeweiligen Beteiligungsunternehmens – in Abstimmung mit dem Aufsichtsorgan und bedarfsgerecht mit dem Beteiligungsmanagement – unter Berücksichtigung der strategischen Unternehmensziele operationalisierende Budget- und Mittelfristplanungen abgeleitet. Auf dieser Basis werden in einer quartalsweisen Betrachtung die laufenden Berichtszahlen den Plan- bzw. letzten Vorschau-Zahlen gegenübergestellt und ggf. Steuerungsmaßnahmen im Rahmen eines Austausches zwischen dem Management der Beteiligungsunternehmen, dem Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding, den Mandatsträgern und dem Vorstand der HASPA Finanzholding entwickelt.

Die quartalsweisen Betrachtungen fließen ein in die Erfolgsvorschau der HASPA Finanzholding, die das Geschäftsjahresergebnis prognostiziert und darüber hinaus gegen Jahresende in eine mehrjährige Planung mündet. Sowohl die quartalsweisen Erfolgsvorschauen wie auch die (Mittelfrist-)Planungen gibt der Vorstand regelmäßig dem Verwaltungsrat zur Kenntnis.

Ergänzend zu der regelmäßigen Berichterstattung unterliegen Angelegenheiten von besonderer Bedeutung hinsichtlich der Beteiligungsunternehmen einer Ad-hoc-Berichterstattung.

Im Rahmen des Berichtsprozesses sollen möglichst frühzeitige und systematische Erkenntnisse zur Ergebnislage und zu etwaigen Fehlentwicklungen generiert werden, die die Basis für die Erörterung zwischen der HASPA Finanzholding und den Beteiligungsunternehmen bilden können.

Risikomessung und -steuerung nach MaRisk – Risikotragfähigkeitskonzept

Die in das laufende Risikomanagement im Sinne der MaRisk einzubeziehenden Unternehmen der HASPA-Gruppe (Risikomanagementgruppe) werden regelmäßig mithilfe quantitativer und qualitativer Kriterien bestimmt. In diesem Rahmen werden die auf Basis der strategischen Ausrichtung der HASPA-Gruppe eingegangenen und über eine jährliche bzw. anlassbezogene Risikoinventur identifizierten we-

sentlichen Risiken einbezogen und regelmäßig überwacht. Auf Gruppenebene umfasst die Risikotragfähigkeitsrechnung die Adressenausfall-, Beteiligungs-, Marktpreis-, Zins- und operationellen Risiken. Die ebenfalls als wesentlich identifizierten Liquiditätsrisiken können aufgrund ihrer Eigenart nicht sinnvoll durch zusätzliche Risikodeckungsmasse begrenzt werden, weshalb sie derzeit nicht in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogen werden. Das Liquiditätsrisiko wird jedoch im Rahmen der übrigen Risikosteuerungs- und -überwachungsinstrumente ausreichend berücksichtigt.

Die wesentlichen Risiken und die Deckungsmasse werden in einer monatlichen Risikotragfähigkeitsrechnung einander gegenübergestellt. Dadurch wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken durch das zur Deckung potenzieller Verluste verfügbare Kapital laufend abgedeckt sind. Die Risikodeckungsmasse der HASPA-Gruppe besteht im Wesentlichen aus der Sicherheitsrücklage der HASPA Finanzholding, den Reserven nach § 340f und § 340g HGB, den Gewinnrücklagen sowie dem Barwert des Zinsbuchs und den stillen Reserven der Wertpapiere der Hamburger Sparkasse AG.

Soweit möglich erfolgt die Risikomessung barwertig mit geeigneten Value-at-Risk-Modellen auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 Prozent. Für die jeweils unterstellten Haltedauern der Risikopositionen sind die zugehörigen Steuerungsprozesse ausschlaggebend. Im Grundsatz gilt, dass die Risikotragfähigkeitsrechnung für einen Risikohorizont von einem Jahr erstellt wird und daher für die einzelnen Risikoarten eine entsprechende Haltedauer gewählt wird. Für Risikoarten, bei denen aufgrund der implementierten Prozesse auch sehr kurzfristig Steuerungsentscheidungen zur Risikoanpassung getroffen werden können, werden die Haltedauern kürzer gewählt, um eine Überzeichnung des Risikos zu vermeiden. Derzeit werden kürzere Haltedauern ausschließlich für die Quantifizierung der Marktpreis- und Zinsrisiken bei der Hamburger Sparkasse AG angesetzt. Um eine Kumulation der eingetretenen Risiken auf Jahressicht zu begrenzen, werden für diese Risikoarten entsprechende Verlustlimite eingerichtet. Bei der Aggregation der Risiken der

HASPA-Gruppe werden keine risikoreduzierenden Wechselwirkungen zwischen den Risikoarten unterstellt bzw. wird über eine Korrelationsannahme von eins ein konservativer Ansatz gewählt.

Der Vorstand der HASPA Finanzholding legt mindestens einmal jährlich oder anlassbezogen unter Berücksichtigung des Gesamtrisikoprofils und der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse ein Gesamtrisikolimit für die Gruppe fest. Hierbei gilt die grundsätzliche Bedingung, dass nur rund 1/3 der Risikodeckungsmasse im Rahmen der Limitfestsetzung disponiert wird, womit dem Prinzip der 3-fachen Überlebenswahrscheinlichkeit Rechnung getragen wird. Gleichzeitig wird bei der Limitfestsetzung überprüft, ob die verbleibende Risikodeckungsmasse zur Unterlegung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen ausreicht (regulatorische Nebenbedingung). Hierdurch wird verhindert, dass aufsichtsrechtlich gebundene Eigenkapitalbestandteile auch zur Abdeckung der Risikopotenziale im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung herangezogen werden. Die HASPA-Gruppe verfolgt damit einen Going-Concern-Ansatz.

Auf Basis des festgelegten Gesamtrisikolimits der Gruppe und der Erfordernisse des jeweiligen Geschäftsbetriebs werden Risikolimits für die einzelnen Unternehmen der Risikomanagementgruppe abgeleitet. Die Auslastung von Verlustlimiten wird auf das unternehmensbezogene Limit und somit auch auf das festgelegte Gesamtrisikolimit angerechnet. Zur Überwachung der Limite wird ein Ampelsystem eingesetzt, das beim Überschreiten von bestimmten Schwellenwerten eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand sowie grundsätzlich eine Befassung mit möglichen Steuerungsmaßnahmen auslöst.

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der HASPA-Gruppe wird über die Einhaltung des Gesamtrisikolimits hinaus freie Risikodeckungsmasse in angemessener Höhe vorgehalten.

Die auf monatlicher Basis vorgenommene Risikotragfähigkeitsrechnung zeigte per 31. Dezember 2014 eine Limitauslastung von 52,2 Prozent (Vorjahr 58,2 Prozent). Die Verteilung der Limitauslastung auf

die Risikoarten stellte sich dabei wie folgt dar:

	31.12.2014	31.12.2013
Adressenausfallrisiko	27,0 %	26,9 %
Beteiligungsrisiko	9,2 %	6,8 %
Marktpreisrisiko	28,5 %	24,4 %
Zinsrisiko	13,8 %	17,9 %
Operationelles Risiko	21,3 %	24,0 %

Über die gruppenweite Risikotragfähigkeitsrechnung hinaus bestehen für die Unternehmen der Risikomanagementgruppe Kernrisikoindikatoren und Risikotoleranzen sowie weitere Risikoindikatoren und Benchmarks, die sich insbesondere auf die aufsichtsrechtliche Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung, den Status im Rahmen des Risikomonitorings der Sparkassen-Finanzgruppe, intern festgelegte Kennziffern zum Adressenausfall- und operationellen Risiko sowie zum Geschäftsrisiko beziehen. Die Überwachung der Kernrisikoindikatoren und der weiteren Risikoindikatoren erfolgt in einem quartalsweisen Turnus. Bei einer Überschreitung der Risikotoleranzen erfolgt eine Information des Vorstands, der über die Einleitung von möglichen Steuerungsmaßnahmen entscheidet. Die festgelegten Risikotoleranzen wurden im Jahr 2014 nur in Einzelfällen überschritten. Die Sachverhalte wurden jeweils analysiert und mit dem Vorstand erörtert. Eine wesentliche Beeinträchtigung der Risikolage auf Gruppenebene lag in keinem der Fälle vor.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko als für Retail-Bankkonzerne traditionell zentrale Risikoart ist auch in der HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung. Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Risiken aus Bonitätsveränderungen bis hin zur Insolvenz von Geschäftspartnern. Es beinhaltet sowohl Risiken aus dem klassischen Kreditgeschäft (Kreditrisiko) als auch aus dem Handelsgeschäft (Kontrahenten- und Emittentenrisiken). Dabei setzt sich der mögliche Verlust aus zwei Komponenten zusammen: dem erwarteten und dem unerwarteten Verlust aus mit Adressenausfallrisiken behafteten Positionen. Der erwartete Verlust ergibt sich aus der Bonitätsstruktur des risikobehafteten Portfolios und wird über Ratings und Ausfallwahrscheinlichkeiten be-

rechnet. Er spiegelt die im langfristigen Mittel jährlich zu erwartenden Abschreibungen und Wertberichtigungen wider. Dieser Verlusterwartung wird im Rahmen der Risikovorsorge Rechnung getragen, so dass sich für das barwertige Gesamtrisiko der HASPA-Gruppe keine weitere Berücksichtigung ergibt. Der unerwartete Verlust stellt das Adressenausfallrisiko im engeren Sinne dar und wird als Credit-Value-at-Risk im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung der HASPA-Gruppe quantifiziert.

Der Credit-Value-at-Risk ist das Ergebnis aus der Simulation im Kreditportfoliomodell zum 99-Prozent-Konfidenzniveau. Die Simulation erfolgt mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH. Die Simulationen beziehen sich jeweils auf die Gesamtportfolios der relevanten Unternehmen der Risikomanagementgruppe mit einem Risikohorizont von einem Jahr. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 betrug das Risikopotenzial in Summe 216,5 Millionen Euro (Vorjahr 197,1 Millionen Euro). Der Risikoanstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf Umschichtungen bzw. Ausweitungen bei den Eigenanlagen der Gruppenunternehmen zurückzuführen.

Der wesentliche Teil des Adressenausfallrisikos entfällt auf die Hamburger Sparkasse AG. Das Adressenausfallrisiko ist hier insbesondere gekennzeichnet durch das Kreditgeschäft mit privaten Kunden, Firmen-, Unternehmens- und Immobilienkunden. Das Kundenkreditportfolio ist breit gestreut und in großen Teilen grundpfandrechtlich besichert. Der Schwerpunkt des Kundenkreditgeschäfts der Sparkasse Mittelholstein AG liegt ebenfalls im Geschäft mit Privatkunden sowie mittelständischen Firmenkunden und Selbstständigen. Die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG bewegt sich durch die strategische Ausrichtung auf die Finanzierung des überwiegend selbst genutzten Wohneigentums primär im Segment des risikoarmen und standardisierten Privatkundengeschäfts.

Die Kreditrisikonahme im Kundengeschäft erfolgt innerhalb des Geschäftsgebiets der HASPA-Gruppe mit Schwerpunkt auf der Metropolregion Hamburg und Schleswig-Holstein. Die hieraus entstehende

regionale Risikokonzentration wird bewusst eingegangen und steht im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie der HASPA-Gruppe sowie den Satzungen der Unternehmen der Risikomanagementgruppe. Nicht zuletzt aufgrund des hohen Bestands an grundpfandrechtlich besicherten Krediten bei den Instituten der Risikomanagementgruppe besteht zudem eine Risikokonzentration bei immobilienbezogenen Geschäften. Auch hier profitiert die HASPA-Gruppe von Informationsvorteilen aufgrund der lokalen Marktkennntnis und geht die Risikokonzentration bewusst ein.

Zur Bonitätsbeurteilung der einzelnen Kreditengagements werden in der HASPA-Gruppe die gemeinsam in der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Ratingverfahren genutzt. Die Bildung von Risikovorsorge erfolgt in den Instituten der Risikomanagementgruppe nach jeweils festgelegten Kriterien. Insgesamt sind die Kreditrisiken über eine angemessene Risikovorsorge abgedeckt.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken in den Wertpapieranlagen und im Bankenhandel der Hamburger Sparkasse AG wird durch eine grundsätzliche Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität sowie durch ein breit diversifiziertes Portfolio und ein dezidiertes Limitsystem begegnet. Durch den hohen Bestand der Besicherung im Handelsgeschäft wird das Ausfallrisiko zusätzlich begrenzt. Die Sparkasse Mittelholstein AG hat ihre Emittenten- und Kontrahentenlimite für verzinsliche Wertpapiere und Termingelder auf der Basis von Marktwerten und Nominalvolumen festgelegt. Neben den Limiten für die Einzelemittenten findet ein ratingbasiertes Struktur- und Volumenlimitsystem Berücksichtigung. Bei der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG werden die Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken neben einem Limitsystem zudem durch die Anlagevorschriften im Bausparkassengesetz deutlich eingeschränkt. Die HASPA Finanzholding legt ihre freie Liquidität – außer in Termingeldern bei der Hamburger Sparkasse AG – insbesondere in bonitätsmäßig einwandfreien Schuldverschreibungen deutscher öffentlicher Emittenten an.

Im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise im Euroraum lag bei der Hamburger Sparkasse AG ein besonderes Augenmerk des Risikomanagements auf den Länderrisiken. Grundsätzlich liegen die Bruttoforderungen der Hamburger Sparkasse AG aufgrund der regionalen Ausrichtung als Retailbank in Deutschland. Im Rahmen der Eigenanlagen werden in Ergänzung zu den niedrig verzinsten deutschen Pfandbriefen und Staatsanleihen weiterhin italienische, spanische und portugiesische Staatsanleihen gehalten. Bei der LBS bestehen die sukzessive weiter aufgebauten Geldanlagen knapp zur Hälfte aus Wertpapieren von Emittenten außerhalb Deutschlands mit Schwerpunkt im europäischen Ausland, aber auch mit weiteren internationalen Adressen. Während die Positionen in Spanien reduziert wurden, hat sich das Volumen in Italien im Jahresverlauf durch Investitionen der Spezialfonds erhöht, wobei eine breitere Diversifikation in Unternehmens- und besicherte Bankanleihen vorgenommen wurde. Die HASPA Finanzholding hält im Rahmen ihrer Finanzanlagen in moderatem Umfang auch indexorientierte, börsennotierte Publikumsfonds mit Investitionsschwerpunkten in Europa sowie den USA. Bei der Sparkasse Mittelholstein AG bestehen nur in geringem Umfang Engagements außerhalb Deutschlands.

Beteiligungsrisiko

Aufgrund von Rolle und Funktion der HASPA Finanzholding sowie der damit verbundenen besonderen Bedeutung des Beteiligungsrisikos für das Risikomanagement der HASPA-Gruppe wird diese Risikoart als wesentliches Risiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung separat betrachtet.

Unter dem Beteiligungsrisiko wird das Risiko eines bilanziellen Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio der HASPA-Gruppe verstanden. Der Begriff Beteiligungen umfasst dabei sowohl offene als auch stille Beteiligungen der HASPA-Gruppe. Darüber hinaus werden in Einzelfällen durch die HASPA Finanzholding gewährte Darlehen, die eher Beteiligungscharakter aufweisen bzw. in engem Zusammenhang mit Beteiligungen stehen, dem Beteiligungsrisiko zugeordnet.

Die Quantifizierung des Beteiligungsrisikos erfolgt beginnend mit dem Stichtag 31. Dezember 2014 durch die Anwendung eines adäquaten IRBA-Ansatzes in Anlehnung an die aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus der CRR und ergänzend unter Berücksichtigung von Granularitätsanpassungen. Das Risikopotenzial betrug zum 31. Dezember 2014 73,8 Millionen Euro (Vorjahr 49,7 Millionen Euro). Der Anstieg im Risikoausweis ist im Wesentlichen auf die Umstellung der Risikomessmethode zurückzuführen.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko umfasst die Gefahr von Verlusten durch die Veränderung von Marktpreisen wie beispielsweise Zinssätzen, Spreads, Aktien- sowie Devisenkursen und schließt auch die Veränderungen von Immobilienpreisen mit ein.

Die Hamburger Sparkasse AG steuert ihre Eigenanlagen im Wesentlichen über Spezialfonds und strebt ein unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten breit diversifiziertes Kapitalmarktportfolio an. Die Kapitalanlage der Sparkasse Mittelholstein AG besteht im Wesentlichen aus verzinslichen Wertpapieren mit einem hohen Anteil innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Ergänzend werden insbesondere Termingelder sowie Investmentfonds gehalten. Bei der LBS regelt das Bausparkassengesetz in § 4 Abs. 3 die zulässigen Anlagemöglichkeiten verfügbarer Mittel. Die Anlage erfolgt grundsätzlich nach der Strategie, die Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten. Die nicht der kurzfristigen Liquiditätshaltung dienenden Kapitalanlagen der HASPA Finanzholding erfolgen mit Blick auf die Anlagerendite in einem längerfristig orientierten Spezialfonds, der Teil-Portfolios mit Rententiteln und mit Aktien enthält.

Das Marktpreisrisiko der Spezialfonds der Gruppenunternehmen wird grundsätzlich über ein Portfolio-modell auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes ermittelt. Hierbei erfolgt eine Aggregation der Risiken der einzelnen Vermögensklassen zu einem Portfoliorisiko unter Berücksichtigung von Korrelationen. Basis der Risikoermittlung sind historische Zeitreihen von Referenzindizes, die den einzelnen Vermögensklassen zugeordnet werden. Mit Ausnah-

me gesondert betrachteter Zinsrisiken bei Anleihen der Hamburger Sparkasse AG, Sparkasse Mittelholstein AG und LBS werden sämtliche relevante Ausprägungen des Marktpreisrisikos berücksichtigt. In Abhängigkeit von der konkreten Allokation der Spezialfonds beinhaltet das quantifizierte Risiko daher insbesondere neben den Spreadrisiken aus Anleihen auch Aktienrisiken, Immobilienrisiken sowie ggf. Risiken aus rohstoffabhängigen Geschäften und Währungsrisiken. Insbesondere Rohstoff- und Währungsrisiken werden in der HASPA-Gruppe jedoch nur in geringem Maße eingegangen. So sind die Investitionen in den Spezialfonds weiterhin weitgehend wechsellkursgesichert, wobei in geringem Ausmaß bei der Hamburger Sparkasse auch bewusst über verschiedene Währungen Risiken eingegangen werden. Auch der weitestgehend kundeninduzierte Devisenhandel ist grundsätzlich durch geschlossene Währungspositionen geprägt.

Immobilienrisiken treten in der HASPA-Gruppe insbesondere im Rahmen der von der Hamburger Sparkasse gehaltenen Immobilienspezialfonds sowie den direkt gehaltenen Bestandsimmobilien der NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG sowie der Wohnungsunternehmen Fiestücken GmbH auf. Die Quantifizierung der Immobilienrisiken für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung auf Gruppenebene erfolgt auf Basis einer Expertenschätzung, die eine Normalverteilung der Wertveränderung von Immobilien und eine Volatilität unterstellt.

Für die Ermittlung des VaR wird beim Marktpreisrisiko ein Konfidenzniveau von 99 Prozent und in Abhängigkeit von den Steuerungsprozessen in den Gruppenunternehmen sowie der Liquidität der Assetklassen eine Haltedauer von einem Monat bis zu einem Jahr zugrunde gelegt. Das quantifizierte Risikopotenzial lag zum 31. Dezember 2014 bei insgesamt 228,5 Millionen Euro (Vorjahr 178,8 Millionen Euro). Der Risikoanstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf den Ausbau und Portfolioumschichtungen bei den Kapitalanlagen der Gruppenunternehmen zurückzuführen.

Zinsrisiko

Unter dem Zinsrisiko als Ausprägung des Marktpreis-

risikos versteht man das potenzielle Verlustrisiko, welches durch eine Änderung der am Markt geltenden Zinsstrukturkurve entstehen kann. Es resultiert aus dem Umfang der eingegangenen Fristentransformation im Aktiv- und Passivgeschäft.

Auch zur Ermittlung des Zinsrisikos wird die Value-at-Risk-Methode in Form einer historischen Simulation eingesetzt. Das Risiko wird auf einem Konfidenzniveau von 99 Prozent berechnet. Die unterstellte Haltedauer richtet sich dabei nach den in den jeweiligen Gruppenunternehmen implementierten Steuerungsprozessen und liegt zwischen einem Monat und einem Jahr. Für die Risikoquantifizierung werden sämtliche zinstragenden Aktiv- und Passivgeschäfte bzw. Bilanzpositionen in Cash Flows (Tilgungs- und Zins-Cash Flows) grundsätzlich gemäß ihrer tatsächlichen Zinsbindung aufgeteilt. Bei variablen Positionen mit unbestimmter Zins- oder Kapitalbindung werden die Cash Flows mittels Ablaufkationen ermittelt. Darlehen mit Kündigungsrechten gehen in den Cash Flow für Zwecke der VaR-Ermittlung mit den juristischen Fälligkeiten ein. Unter Berücksichtigung des kündbaren Darlehensvolumens und der geschätzten Ausübung der Kündigungsrechte wird für die Hamburger Sparkasse AG zudem ein Zahlungsstrom ermittelt, der den zu erwartenden Wegfall von Aktiv-Positionen durch Sondertilgungen abbildet. Der so ermittelte Cash Flow der Gruppenunternehmen bildet die Grundlage für den pro Unternehmen berechneten Value-at-Risk. Die Risikowerte werden anschließend additiv zum Zinsrisiko der HASPA-Gruppe aggregiert.

Das potenzielle Risiko betrug zum Jahresende insgesamt 110,8 Millionen Euro (Vorjahr 131,1 Millionen Euro). Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus wurde in 2014 das Ausmaß der Fristentransformation insbesondere bei der Hamburger Sparkasse AG weiterhin auf einem niedrigen Niveau ausgerechnet.

Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken wird die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten,

verstanden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die Quantifizierung des operationellen Risikos in der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt anhand eines Indikators, der sich an den Bruttoerträgen der einzelnen Gruppenunternehmen orientiert (Basisindikatoransatz). Zum 31. Dezember 2014 beträgt der entsprechend ermittelte Risikowert 170,9 Millionen Euro (Vorjahr 176 Millionen Euro).

Darüber hinaus werden Schadensfälle, die aus operationellen Risiken resultieren, in der HASPA-Gruppe zentral in einer Schadensfalldatenbank erfasst und regelmäßig ausgewertet. Ergänzt wird die Erfassung operationeller Risiken zudem um die jährliche Selbsteinschätzung der Gruppenunternehmen zu verschiedenen Kategorien des operationellen Risikos.

Zur Vermeidung bzw. Verringerung von operationellen Risiken besteht auf Ebene der einzelnen Unternehmen der HASPA-Gruppe eine Vielzahl von Maßnahmen. Durch die jeweils implementierten internen Kontrollsysteme soll ein fehlerfreier und reibungsloser Geschäftsablauf sichergestellt werden. Die betrieblichen Abläufe sind in Dienstanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision des jeweiligen Gruppenunternehmens überwacht. Insbesondere in den Instituten liegen zudem differenzierte Notfallpläne für den IT-Bereich vor. Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse gewährleisten den Schutz vertraulicher Informationen vor unberechtigten Zugriffen.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können oder wenn die Liquidität nur zu erhöhten Marktpreisen beschafft werden kann, wodurch sich der Zinsaufwand erhöht. Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet Engpässe an den Geld- und Kapitalmärkten, in deren Folge es nicht oder nur eingeschränkt möglich ist, zur Deckung eines Liquiditätsbedarfs Vermögenswerte zu veräußern bzw. dies nur mit Abschlägen vom Marktwert möglich ist.

In der HASPA-Gruppe ist das Liquiditätsmanagement dezentral organisiert. Aufgrund der besonderen Bedeutung der Institute für die Liquiditätslage der Gruppe konzentriert sich die Erfassung der Liquiditätsrisiken auf die Hamburger Sparkasse AG, die Sparkasse Mittelholstein AG sowie die LBS.

Die Beurteilung der Liquiditätslage auf Gruppenebene basiert daher im Wesentlichen auf den Liquiditätsanalysen der Institute, die der HASPA Finanzholding regelmäßig übermittelt und im Risikobericht dargestellt werden. Ergänzend ist seit Anfang 2014 gemäß den Vorgaben der CRR – zunächst in einer aufsichtlichen Beobachtungsphase – auch die Liquidity Coverage Ratio (LCR) regelmäßig auf Gruppenebene zu ermitteln. Perspektivisch soll der Kernrisikoindikator zur Beurteilung der Liquiditätslage der Institute auf Basis der deutschen Liquiditätsverordnung durch die LCR ersetzt werden.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe ist vor dem Hintergrund der bestehenden Refinanzierungs- und Anlagestruktur sowie vielfältiger Fundingmöglichkeiten weiterhin geordnet. Neben dem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem Kundengeschäft der Institute steht der Hamburger Sparkasse AG durch die Schaffung eines komfortablen Deckungsstocks auch der Pfandbriefmarkt als nachhaltige Liquiditätsquelle zur Verfügung. Die Liquiditätsanalysen der Institute lassen keine wesentlichen Risiken erkennen. Die Kennziffern der Institute nach der Liquiditätsverordnung und die definierten Schwellenwerte wurden in 2014 jederzeit eingehalten. Auch die LCR sowie die ebenfalls im Rahmen einer aufsichtlichen Beobachtungsphase seit Anfang 2014 zu meldende Net Stable Funding Ratio (NSFR) liegen für die HASPA-Gruppe oberhalb der Schwellenwerte und signalisieren damit eine gute Liquiditätsausstattung.

Stresstests

Stresstests sind Methoden, mit denen die Verlustanfälligkeit bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse überprüft wird.

Risikoartenübergreifende Szenariobetrachtungen werden regelmäßig in barwertiger Form vorgenom-

men. Dabei ist das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs im Wesentlichen als historisches Szenario ausgestaltet.

Bei den regelmäßig durchgeführten Sensitivitätsanalysen werden die für die einzelnen Risikoarten wesentlichen Risikofaktoren in verschiedenen Stufen variiert. Für das Adressenausfallrisiko werden neben konjunkturell bedingt höheren Ausfallraten Ratingshifts für das Gesamtportfolio der HASPA-Gruppe simuliert. Beim Zinsrisiko werden insbesondere eine parallele Verschiebung sowie weitere hypothetische Veränderungen der Zinsstrukturkurve vorgenommen. Im Bereich des Marktpreisrisikos werden hypothetische Wertänderungen für einzelne Assetklassen simuliert, wobei die Aggregation sowohl mit als auch ohne Berücksichtigung von risikomindernden Diversifikationseffekten erfolgt. Für das Beteiligungsrisiko werden Ratingshifts analog zum Adressenausfallrisiko unterstellt.

Zudem werden regelmäßig inverse Stresstests auf Basis der Sensitivitätsanalysen vorgenommen. Hierbei wird untersucht, ab welchen Ausprägungen bestimmter Risikoparameter die Fortführung der Geschäftstätigkeit der Gruppe nicht mehr gewährleistet wäre. Schließlich wird für alle barwertig gemessenen Risiken das Konfidenzniveau von 99 Prozent auf 99,95 Prozent erhöht.

Bei der Überschreitung von Schwellenwerten für bestimmte vom Vorstand festgelegte Risikoindikatoren können in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation weitergehende Analysen bzw. anlassbezogene Stresstests durchgeführt werden.

Die Ergebnisse der Stresstests werden regelmäßig dem tragbaren Gesamtrisikopotenzial gegenübergestellt. Die Limitauslastung bei einer Erhöhung des Konfidenzniveaus von 99 auf 99,95 Prozent lag zum 31. Dezember 2014 bei 84,5 Prozent. Auch die übrigen vorgenommenen Stresstests führten zu dem Ergebnis, dass die Risikotragfähigkeit im Stressfall gegeben wäre.

Neben der Durchführung interner Stresstests ist derzeit davon auszugehen, dass die HASPA-Gruppe in

Anknüpfung an das Comprehensive Assessment der EZB in 2014 künftig auch auf regelmäßiger Basis an Stresstests nach zentralen Vorgaben der EZB und der European Banking Authority (EBA) teilnehmen wird. Die entsprechenden Ergebnisse sollen auch für Zwecke des internen Risikomanagements ausgewertet und gewürdigt werden.

Risikobewertung

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HASPA-Gruppe haben können, sind für das laufende Jahr nicht erkennbar.

Risikomanagement im Rechnungslegungsprozess

Die Verantwortlichkeit für den Konzernrechnungslegungsprozess ist im Unternehmensbereich Finanzen der HASPA Finanzholding angesiedelt, der die bilanzrechtlichen und konzeptionellen Grundsatzfragen einschließlich der Festlegung des Konsolidierungskreises sowie der Konsolidierungsmethodik erarbeitet und in einer Konzernrichtlinie verbindlich regelt. Die Konzernrechnungslegung setzt im ersten Schritt auf dezentral erstellten und verantworteten Einzelabschlüssen auf. Hierfür sehen die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen angemessene Kontrollen vor, insbesondere in Form von Funktionstrennungen, Zugriffsberechtigungssystemen und Beachtung des 4-Augen-Prinzips. Die Konzernbuchführung sowie Überleitungen und technische Konsolidierungsschritte werden durch die NRS als konzerninternem Dienstleister vorgenommen. Deren Ergebnisse unterliegen ebenso dem bereits skizzierten Kontrollsystem und werden zusätzlich durch die HASPA Finanzholding plausibilisiert. Darauf aufbauend werden die zur Aufstellung vorgesehene Konzern-Bilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anhang und der Lagebericht bei der HASPA Finanzholding erstellt.

Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für den Euroraum wird in 2015 ein Wachstum von rund einem Prozent prognostiziert. Konjunkturstützend wirkt insbesondere der niedrigere Eurokurs, der die Exporte beflügeln dürfte. Die EZB hat mit

dem im Januar 2015 beschlossenen großvolumigen Programm zum Staatsanleihenankauf ihre expansive Geldpolitik noch weiter verstärkt. Trotzdem ist offen, ob auch die zuletzt stagnierenden Euroländer wie Italien einen Wachstumspfad beschreiten können. Strukturreformen wären hier weiter notwendig.

Das Wachstum in Deutschland wird mit ca. 1,6 Prozent erwartet. Träger dürfte hier auch die Binnen- nachfrage und insbesondere aufgrund der guten Beschäftigungslage der private Konsum sein. Auch die öffentliche Hand könnte den durch steigende Einnahmen gewonnenen Spielraum für Investitionen nutzen, ohne das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts aus den Augen zu verlieren. Gleichzeitig wird die Preissteigerung mit voraussichtlich knapp einem Prozent moderat bleiben, dabei allerdings maßgeblich von der weiteren Entwicklung des Ölpreises abhängen.

Positive Wachstumsaussichten in Hamburg

Das Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg zeigt im vierten Quartal 2014 bei den befragten Unternehmen per Saldo positive Einschätzungen zur künftigen Geschäftslage sowie den Investitions- und Personalplanungen. Die Exportaussichten werden ebenfalls überwiegend optimistisch beurteilt. Diese Ergebnisse deuten auf eine erfreuliche konjunkturelle Dynamik in Hamburg in den kommenden Monaten hin. Hamburg könnte 2015 ein Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent erreichen. Auf dem Hamburger Arbeitsmarkt dürfte die Zahl der Erwerbstätigen erneut zunehmen.

Voraussichtliche Entwicklung der HASPA-Gruppe

Die Entwicklung der HASPA-Gruppe wird insbesondere von der strategischen Ausrichtung auf das Retailbanking in der Metropolregion Hamburg beeinflusst. Für das Konzernergebnis ist die Ertragsprognose der Hamburger Sparkasse AG bestimmend. Diese erwartet den Zinsüberschuss in 2015 insbesondere aufgrund eines höheren Fristentransforma-

tionsergebnisses über dem Niveau des abgelaufenen Jahres. Sollte sich ein steigendes Zinsniveau ergeben, wirkt sich dieses positiv auf die Beiträge aus dem Kundengeschäft und die Fristentransformationsbeiträge aus. Beim Provisionsüberschuss wird aufgrund der in 2014 abgeschlossenen neuen Vertriebsaufstellung und einer noch intensiveren Kundenbetreuung unter der Voraussetzung sich weiter verfestigenden Kundenvertrauens in die Geld- und Kapitalmärkte mit einer deutlichen Zunahme gerechnet. Im Verwaltungsaufwand wird ein spürbarer Anstieg prognostiziert. Bei der Risikoversorge im Kreditgeschäft wird nach einem extrem günstigen Wert im Berichtsjahr mit einem erhöhten und damit normalisierten Niveau gerechnet. Auf dieser Basis streben wir für das Jahr 2015 einen moderat steigenden Konzern-Jahresüberschuss der HASPA-Gruppe an.

Zusammenfassende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

Die HASPA-Gruppe erwartet für das Jahr 2015 keine sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ auswirkenden Risikosituationen. Die Risiken der künftigen Entwicklung sind nicht bestandsgefährdend; vielmehr stehen ihnen Markt- und Wachstumschancen der HASPA-Gruppe gegenüber.

Die HASPA-Gruppe wird aus einer starken Marktposition in der Metropolregion Hamburg heraus ihre Eigenständigkeit bewahren und zur Sicherung der Sparkassenidee in ihrem Wirkungskreis beitragen.

Hamburg, den 26. März 2015

Der Vorstand

Konzern-Bilanz

der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2014

Aktiva

Alle Betragsangaben in T €

		2014	2013
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		294.712	241.300
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		338.320	80.859
		633.032	322.159
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-	-
b) Wechsel		-	-
		-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		1.488.248	1.867.973
b) andere Forderungen	(1)	2.369.391	1.283.349
		3.857.639	3.151.322
4. Forderungen an Kunden	(2)	31.383.688	31.772.339
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	14.876.058		(14.367.313)
Kommalkredite	397.036		(553.960)
Baudarlehen aus dem Bauspargeschäft	583.019		(577.323)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(3)		
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten		-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-		(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-		(-)
		-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten		2.867.402	1.932.384
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.867.402		(1.928.115)
bb) von anderen Emittenten		946.698	1.412.812
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	941.698		(1.407.811)
		3.814.100	3.345.196
c) eigene Schuldverschreibungen		344	361
Nennbetrag	331		(342)
		3.814.444	3.345.557
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(4)	4.929.976	4.672.627
6a. Handelsbestand	(5)	180.736	161.817
7. Beteiligungen	(6)	83.864	117.323
darunter: an Kreditinstituten	6.410		(6.968)
an Finanzdienstleistungsinstituten	12.176		(12.176)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		26.867	83.334
darunter: an Kreditinstituten	-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-		(-)
9. Anteile an assoziierten Unternehmen		55.717	59.685
10. Treuhandvermögen	(7)	16.481	9.194
darunter: Treuhandkredite	16.481		(9.194)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-	-
12. Immaterielle Anlagewerte	(8)		
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		43.091	50.923
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-	-
d) geleistete Anzahlungen		2.714	4.564
		45.805	55.487
13. Sachanlagen	(8)	282.394	210.293
14. Sonstige Vermögensgegenstände	(9)	198.573	201.937
15. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	6.200	7.315
Summe der Aktiva		45.515.415	44.170.390

Passiva

Alle Betragsangaben in T€		2014	2013
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(11)		
a) täglich fällig		355.890	434.775
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.214.933	5.148.695
		5.570.823	5.583.470
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(12)		
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		7.459.047	6.708.126
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		26.439	29.779
		7.485.486	6.737.905
b) Bauspareinlagen		861.768	820.265
c) andere Verbindlichkeiten			
ca) täglich fällig		17.368.800	16.089.805
cb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		6.493.753	6.583.943
		23.862.554	22.673.747
		32.209.808	30.231.917
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	(13)		
a) begebene Schuldverschreibungen		2.266.684	3.242.522
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-		(-)
		2.266.684	3.242.522
3a. Handelsbestand	(14)	57.438	48.225
4. Treuhandverbindlichkeiten	(15)	16.481	9.194
darunter: Treuhandkredite	16.481		(9.194)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	(16)	67.542	46.237
6. Rechnungsabgrenzungsposten	(17)	26.023	24.315
6a. Passive latente Steuern	(18)	1.723	1.504
7. Rückstellungen	(19)		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		726.902	663.655
b) Steuerrückstellungen		55.036	26.616
c) andere Rückstellungen		212.573	241.799
		994.511	932.070
7a. Fonds zur baupartechnischen Absicherung		287	287
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	(20)	22.509	33.376
9. Genussrechtskapital		-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-		(-)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken		732.740	530.620
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	2.000		(2.000)
11. Eigenkapital	(21)		
a) gezeichnetes Kapital		-	-
b) Kapitalrücklage		-	-
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage		3.158.710	3.102.301
cb) andere Rücklagen		21.027	21.027
		3.179.737	3.123.329
d) Konzernbilanzgewinn		270.308	259.825
e) Anteile im Fremdbesitz		61.310	61.072
		3.511.355	3.444.226
12. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung		37.490	42.426
Summe der Passiva		45.515.415	44.170.390
1. Eventualverbindlichkeiten	(22)		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		735.446	727.979
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-	-
		735.446	727.979
2. Andere Verpflichtungen	(22)		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		2.846.172	2.945.721
		2.846.172	2.945.721

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

der HASPA Finanzholding für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014

Alle Betragsangaben in T €	2014	2013
1. Zinserträge aus (23)		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.157.685	1.185.108
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	24.110	15.157
	1.181.796	1.200.265
2. Zinsaufwendungen (24)	587.277	641.526
	594.519	558.739
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	123.895	141.902
b) Beteiligungen	4.186	3.104
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	5.836	21.703
	133.918	166.710
4. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	1.424	-10.880
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	2.907	3.509
6. Provisionserträge (25)	294.829	275.888
7. Provisionsaufwendungen (26)	23.207	23.361
	271.621	252.527
8. Nettoertrag des Handelsbestands	1.838	1.314
9. Sonstige betriebliche Erträge (27)	146.891	125.452
	1.153.118	1.097.372
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	348.231	334.274
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	73.590	69.899
darunter: für Altersversorgung 12.134		(10.526)
	421.821	404.173
b) andere Verwaltungsaufwendungen	295.222	262.862
	717.043	667.035
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	24.920	21.838
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen (28)	168.745	188.810
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	61.008

Alle Betragsangaben in T €	2014	2013
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	155.007	-
	-155.007	61.008
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	19.691	29.389
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	-	-
	19.691	29.389
17. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	202.120	2.288
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	974	1.377
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	174.632	125.626
20. Außerordentliche Erträge	156	168
21. Außerordentliche Aufwendungen	14.918	11.807
22. Außerordentliches Ergebnis (29)	-14.762	-11.639
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (30)	92.830	61.350
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	310	69
	93.140	61.419
25. Konzernjahresüberschuss	66.730	52.569
26. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	1.194	1.320
27. Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	1.355	-
28. Konzerngewinn	66.891	51.249

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel gibt einen Überblick über die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und des Konzern-Gesamtergebnisses.

	Mutterunternehmen			Minderheiten- gesellschafter			
in Mio €	Sicher- heits- rücklage	Erwirtschaftete Konzern- Eigenkapital	Andere Rücklagen	Eigen- kapital	Minder- heiten- kapital	Eigen- kapital	Konzern- Eigen- kapital
Stand am 01.01.2013	3.047,7	263,2	21,0	3.331,9	10,3	10,3	3.342,2
Verwendung							
Bilanzgewinn	54,6	-54,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,2	-0,2	-0,2
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	49,7	49,7	49,7
Konzern- Jahresüberschuss	0,0	51,2	0,0	51,2	1,3	1,3	52,5
Stand am 31.12.2013	3.102,3	259,8	21,0	3.383,1	61,1	61,1	3.444,2
Verwendung							
Bilanzgewinn	56,4	-56,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,7	-0,7	-0,7
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	1,2	1,2
Konzern- Jahresüberschuss	0,0	66,9	0,0	66,9	-0,2	-0,2	66,7
Stand am 31.12.2014	3.158,7	270,3	21,0	3.450,0	61,4	61,4	3.511,4

Der Jahresüberschuss aus dem Einzelabschluss 2014 der HASPA Finanzholding in Höhe von 58,3 Mio Euro wird gemäß den Bestimmungen der Satzung der Sicherheitsrücklage zugeführt. Seit dem Zeitpunkt

der Erstkonsolidierung (1. Januar 2003) bis zum 31. Dezember 2014 wurden aus dem erwirtschafteten Konzern-Eigenkapital insgesamt 1.099,7 Mio Euro in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Kapitalflussrechnung

Alle Betragsangaben in T €		2014	2013
1.	Jahresüberschuss	66.730	52.569
2.	+ Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	86.746	123.115
3.	+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	61.552	51.866
4.	+/- andere zahlungswirksame Aufwendungen / Erträge des Handelsbestands	-172	1.140
5.	-/+ Gewinn / Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-174	4.775
6.	-/+ sonstige Anpassungen (Saldo)*	-363.131	-544.047
7.	Zwischensumme	-148.449	-310.582
8a.	+/- Forderungen an Kreditinstitute	-706.317	-834.008
8b.	+/- Forderungen an Kunden	327.662	-1.479.986
9.	+/- Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen) und Handelsbestand	-747.426	-529.648
10.	+/- andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	33.063	11.849
11a.	+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-12.647	546.732
11b.	+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.977.891	1.542.700
12.	+/- Verbriefte Verbindlichkeiten	-975.838	234.674
13.	+/- Nachrangige Verbindlichkeiten	-10.867	29.003
14.	+/- andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-22.205	-13.181
15.	+ erhaltene Zinsen und Dividenden	1.351.102	1.346.601
16.	- gezahlte Zinsen	-736.542	-626.015
17.	+/- Ertragsteuerzahlungen	-53.250	-62.191
18.	Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	276.177	-144.052
19.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	954	975
20.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	43.278	60.512
21.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1.068	-59.261
22.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.963	-57.915
23.	+/- Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-4.300	-5.714
24.	Cash Flow aus Investitionstätigkeit	34.901	-61.403
25.	- Auszahlungen an Minderheitengesellschafter	-205	-267
26.	Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-205	-267
27.	Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	276.177	-144.052
28.	Cash Flow aus Investitionstätigkeit	34.901	-61.403
29.	Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-205	-267
30.	Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	22.127
31.	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	322.159	505.754
	davon quotaleinbezogene Unternehmen	4	5
32.	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	633.032	322.159
	davon quotaleinbezogene Unternehmen	3	4

* In den sonstigen Anpassungen sind Zinsen, Dividenden und Steuern in Höhe von 561.310 T € enthalten (Vorjahr 658.395 T €).

Konzern-Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Gesetzliche Vorgaben

Der Konzernabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2014 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Gemäß §§ 340i Abs. 2 und 3 sowie 340a Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 265 Abs. 4 und 5 HGB werden für den Konzernabschluss die Formblätter der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für Kreditinstitute verwendet und um wesentliche Positionen des Bauspargeschäfts ergänzt. Weitergehende Erläuterungen zum Bauspargeschäft werden im Anhang gegeben.

Von der Möglichkeit, die anteiligen Zinsen nicht nach Restlaufzeiten aufzugliedern, wird nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Entsprechend führt bei den Positionen „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sowie „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ eine Aufrechnung der im Konzernanhang ausgewiesenen Beträge nicht zum Bilanzausweis.

Grundlagen der Konsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für bis zum Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) erworbene Tochterunternehmen weiterhin nach der Buchwertmethode (Artikel 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB). Gemäß § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB alte Fassung werden die Wertansätze bei der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss herangezogen. Für die nach Inkrafttreten des BilMoG erworbenen Tochterunternehmen wird gemäß § 301 Abs. 1 HGB die Neubewertungsmethode angewandt.

Gemäß § 309 Abs. 1 Satz 3 HGB alte Fassung wurden aktivische Unterschiedsbeträge in Höhe von 15,0 Mio Euro aus der Erstkonsolidierung mit den Rücklagen verrechnet.

Passivische Unterschiedsbeträge in Höhe von ursprünglich 41,7 Mio Euro werden über einen Zeitraum von zehn Jahren erfolgswirksam aufgelöst.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden im Wege der Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB gegeneinander aufgerechnet.

Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung werden, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit den korrespondierenden Aufwendungen im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 HGB verrechnet.

Die Wertansätze der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen bzw. die Unterschiedsbeträge für bis zum Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) einbezogene assoziierte Unternehmen wurden auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des assoziierten Unternehmens in den Konzernabschluss ermittelt; danach auf den Zeitpunkt, zu dem die Gesellschaft assoziiertes Unternehmen geworden ist. Sich ergebende Geschäftswerte werden in Anbetracht der langfristigen Zusammenarbeit mit den assoziierten Unternehmen und der vergleichweisen Stabilität des Branchenumfelds über einen Zeitraum von zehn Jahren linear abgeschrieben.

Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der HASPA Finanzholding, Hamburg, folgende Unternehmen nach der Neubewertungsmethode bzw. Buchwertmethode im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigenkapital in %
- Hamburger Sparkasse AG, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
- NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, Hamburg (Befreiung gemäß § 264b HGB) 1. Januar 2003	100,00
- Grossmann & Berger GmbH, Hamburg 1. Januar 2003	90,00
- NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH, Hamburg/Bremen 1. Januar 2006	60,00
- NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH, Hamburg 1. Januar 2013	100,00
- Sparkasse Mittelholstein AG, Rendsburg 31. Dezember 2013	65,78
- Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH, Hamburg 1. Januar 2014	100,00

Anteile an Tochterunternehmen, die aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB sind, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Nicht einbezogen sind insgesamt 18 inländische Unternehmen. Die Anteile werden als verbundene Unternehmen ausgewiesen. Der Einfluss dieser Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Anteile an zwei Tochterunternehmen, bei denen die Ausübung der Gesellschafterrechte durch Einstimmigkeitserfordernisse erheblich und andauernd beschränkt ist, werden gemäß § 296 Abs. 1 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Folgendes Gemeinschaftsunternehmen wird entsprechend der Anteile am Kapital (quotal) nach der Buchwertmethode in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigenkapital in %
- LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg 1. Januar 2007	42,50

Folgende Unternehmen werden zum 31. Dezember 2014 im Rahmen der Equity-Methode nach der Buchwertmethode als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen Erstkonsolidierungszeitpunkt	Anteil am Eigenkapital in %
- Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck 31. Dezember 2005	26,00
- neue leben Holding AG, Hamburg 1. Januar 2011	23,20

Im Berichtsjahr wurden fünf Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung nach § 311 Abs. 2 HGB ist, nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Vorjahreswerte basieren auf dem letztjährigen Konsolidierungskreis und sind nur bedingt vergleichbar. Wesentliche Positionen und deren an den Konsolidierungskreis des Vorjahres angepassten Werte sind „Sachanlagen“ (204,3 Mio Euro), „Zinserträge“ (1.123,4 Mio Euro), „Sonstige betriebliche Erträge“ (131,3 Mio Euro), „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ (682,4 Mio Euro), „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen“ (22,4 Mio Euro) und „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ (160,7 Mio Euro).

Bewertung einzelner Posten und Sachverhalte**Kreditgeschäft**

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien oder aufgeschlagene Agien werden auf die Festzinsbindungsdauer bzw. auf eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren verteilt.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

In dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ wurden in dem Daruntervermerk „durch Grundpfandrechte gesichert“ alle Beträge ausgewiesen, die die Voraussetzungen des § 14 PfandBG erfüllen.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden grundsätzlich unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Ein Teilbestand von Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 5,0 Mio Euro ist dem Anlagevermögen zugeordnet und wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Der Buchwert dieser Papiere beträgt 5,0 Mio Euro; der beizulegende Zeitwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 4,9 Mio Euro.

Bei in Spezialfonds gehaltenen Vermögensgegenständen, für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, wird von den Fondsgesellschaften der Verkehrswert, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, zugrunde gelegt.

Handelsbestand

Die zu Handelszwecken erworbenen Finanzinstrumente werden im Handelsbestand zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-

at-Risk) ausgewiesen. Gemäß IDW RS BFA 2 wird dieser in einer Summe beim größeren der jeweiligen Bilanzposten (Aktiv oder Passiv) berücksichtigt.

Die Umrechnung der Handelsaktiva und -passiva in fremder Währung erfolgt zum Mittelkurs.

Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Marktpreisrisiken des Handelsbuchs wird ein entsprechender Value-at-Risk (VaR) ermittelt. Dieser VaR wird für den Risikoabschlag herangezogen. Der VaR wird mit einer Haltedauer von einem Monat, einer Datenhistorie von 250 Tagen und einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt. Mit der Berücksichtigung des Risikoabschlags wird der Ausfallwahrscheinlichkeit der realisierbaren Gewinne aus der Bewertung zu Marktpreisen Rechnung getragen. Die Veränderung des Risikoabschlags wird im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Weiterhin werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands Kurs- und Bewertungsgewinne sowie Kurs- und Bewertungsverluste von Finanzinstrumenten des Handelsbestands ausgewiesen. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen des Handelsbestands werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung beachtet. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn besondere Umstände vorliegen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, steuerlich zulässige Abschreibungen, bilanziert. Für bis 2009 angeschaffte Sachanlagen werden steuerlich zulässige Abschreibungen fortgeführt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden aktivisch unter den Rechnungsabgrenzun-

gen ausgewiesen; Agioerträge werden in den passiven Rechnungsabgrenzungen dargestellt.

Abweichend hiervon werden Null-Kupon-Anleihen mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Rückstellungen

Mit den ausgewiesenen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken sowie allen ungewissen Verpflichtungen Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden konzerneinheitlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Projected Unit Credit Method und nach Maßgabe der Richttafeln 2005 G von Heubeck gebildet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Infolge eines vorgezogenen Bewertungsstichtags wurde erstmalig eine Projektion des Zinssatzes auf den Abschlussstichtag vorgenommen und ein sich daraus ergebender Zinssatz von 4,54 % zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen (einschließlich Karrieretrend) von 2,1 % und Rentensteigerungen von 1,75 % zugrunde gelegt. Die Fluktuationsrate liegt altersabhängig zwischen 1 % und 5 %.

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang. Die Aufwendungen für Aufzinsungen von bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen werden in den Zinsaufwendungen ausgewiesen, der Zinsaufwand für die nicht-bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen wird in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigt.

Verlustfreie Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Unter Beachtung des IDW RS BFA 3 erfolgte zur

Ermittlung eines ggf. bestehenden Verpflichtungsüberschusses aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs eine Gesamtbeurteilung aller zinstragenden Aktiva und Passiva des Bankbuchs (ohne Handelsbestand) einschließlich der Derivate unter Berücksichtigung aller bis zur vollständigen Abwicklung zu erwartenden Risiko- und Verwaltungskosten. Hierbei ist die Ermittlung unter Berücksichtigung individueller Refinanzierungsmöglichkeiten in einer barwertigen Betrachtung erfolgt. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich ist.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Fremdwährungswertpapiere des Umlaufvermögens werden zum Kassakurs bewertet. Bei Fremdwährungspapieren mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden ausschließlich die sich ergebenden Aufwendungen aus der Währungsumrechnung berücksichtigt.

Die übrigen Bilanzbestände in Fremdwährung sowie die nicht abgewickelten Kassa- und Termingeschäfte, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet.

Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die aus der Umrechnung der besonders gedeckten Geschäfte ermittelten Kursgewinne und -verluste werden im Anhang unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gesondert ausgewiesen.

Bewertungseinheiten

Im Konzern werden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB gebildet. In die Bewertungseinheiten werden Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte als Grundgeschäfte einbezogen und mittels derivativer Finanzinstrumente abgesichert.

Die Zins- und sonstigen Preisrisiken aus begebenen strukturierten Anleihen bzw. Namenspapieren (Grundgeschäfte) werden mithilfe von strukturierten Zinsswaps (Sicherungsgeschäfte) abgesichert. Bei den Grundgeschäften handelt es sich einerseits um strukturierte Inhaberschuldverschreibungen, die unter dem Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ ausgewiesen werden, sowie andererseits um strukturierte Namensschuldverschreibungen, Schecks, Darlehen und Sparkassenbriefe, die unter dem Passivposten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ bzw. „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ bilanziert werden. Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses und während der Laufzeit des Grundgeschäfts hinsichtlich des abgesicherten Risikos vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match).

Weiterhin erfolgt für mit Kunden abgeschlossene Cross Currency Interest Rate Swaps eine Absicherung des Währungs- und Zinsrisikos durch den Abschluss von exakt gegenläufigen Sicherungsgeschäften mit Kreditinstituten mit guter Bonität. Das derivative Kundengeschäft sowie das Back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst. Darüber hinaus werden im Kundenkreditgeschäft Zinsbegrenzungsvereinbarungen in Form von Caps, Floors und Collars abgeschlossen. Diese den Kunden eingeräumten Zinsoptionsrechte werden jeweils einzelgeschäftsbezogen durch entsprechende Gegengeschäfte mit Kreditinstituten mit guter Bonität gesichert.

Das derivative Kundengeschäft sowie das Back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

Die Effektivität der Sicherungsbeziehung wird bei Designation der Bewertungseinheiten sowie zum Abschlussstichtag durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Es ist jeweils eine effektive Absicherung der Grundgeschäfte in Bezug auf die bestehenden Risiken gegeben.

Die bilanzielle Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode im Sinne des IDW RS HFA 35. Konzerneinheitlich wird sich auf Grundlage der angewandten Methoden (Critical Terms Match) von der Wirksamkeit der jeweiligen Sicherungsbeziehung in Bezug auf die bestehenden Wert- bzw. Zahlungsstromrisiken des jeweils abgesicherten Risikos überzeugt. Die Wert- bzw. Zahlungsstromänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte – bezogen auf die abgesicherten Risiken – werden sich voraussichtlich über die gesamte Zeit des Bestehens der Bewertungseinheiten in vollem Umfang ausgleichen.

Derivate

Zinsswaps werden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsrisikos eingesetzt und in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Darüber hinaus werden derivative Finanzinstrumente, die sich in Bewertungseinheiten befinden, gehalten. Im geringen Umfang befinden sich des Weiteren derivative Finanzinstrumente im Handelsbestand.

Bei Optionen sind die Stillhalterpositionen in der Regel durch Gegengeschäfte gesichert. Erhaltene bzw. gezahlte Optionsprämien für noch nicht abgewinkelte Optionen sowie Marginverpflichtungen aus Future-Geschäften sind, sofern sie Handelsgeschäfte darstellen, innerhalb der Handelsaktiva bzw. -passiva ausgewiesen. Ansonsten werden diese als „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ bilanziert.

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Aktiva**

	2014 Mio €	2013 Mio €
(1) Forderungen an Kreditinstitute		
Aufgliederung der Unterposition		
b) andere Forderungen nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	1.879,0	790,7
- über 3 Monate bis 1 Jahr	209,5	132,0
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	30,9	89,7
- über 5 Jahre	77,7	52,9

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind keine Hypothekendarlehen und Kommunalkredite enthalten. In den anderen For-

derungen sind Beträge gegen Beleihung von Wertpapieren in Höhe von 690,0 Mio Euro (Vorjahr 698,1 Mio Euro) enthalten.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Die aus Zuteilungen bereitgestellten, noch nicht aus-

gezahlten Baudarlehen betragen 3,8 Mio Euro (Vorjahr 3,8 Mio Euro).

	2014 Mio €	2013 Mio €
(2) Forderungen an Kunden		
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	37,9	101,8
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	32,2	52,4
Forderungen an Kunden nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	2.147,0	2.296,4
- über 3 Monate bis 1 Jahr	2.147,2	2.262,0
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	7.119,0	6.918,6
- über 5 Jahre	18.348,1	18.586,2
- mit unbestimmter Laufzeit	990,9	1.076,5

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind Hypothekendarlehen in Höhe von 14.876,1 Mio Euro (Vorjahr 14.367,3 Mio Euro) und Kommunalkredite in Höhe von 397,0 Mio Euro (Vorjahr 554,0 Mio Euro) enthalten.

In den anderen Forderungen in Höhe von 16.110,6 Mio Euro (Vorjahr 16.859,1 Mio Euro) sind 13,4 Mio Euro (Vorjahr 16,4 Mio Euro) gegen Beleihung von Wertpapieren enthalten.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Die Zins- und Tilgungsrückstände bei Baudarlehen

beliefen sich am Bilanzstichtag auf 0,6 Mio Euro, das sind 0,10 % des Bestands.

	2014 Mio €	2013 Mio €
Die Baudarlehen betragen		
a) aus Zuteilungen	140,8	171,0
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	423,8	393,7
c) sonstige	13,1	12,6
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	12,9	12,4
	577,7	577,3
Die bereitgestellten, noch nicht ausgezahlten Baudarlehen betragen:		
a) aus Zuteilungen	42,6	42,9
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	23,5	25,8
c) sonstige	0,5	1,5
	66,6	70,2

(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2014 Mio €	2013 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	3.782,5	3.313,1
- nicht börsennotiert	30,4	30,4
Davon im Folgejahr fällig	351,9	374,2
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt	163,9	122,3

(4) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2014 Mio €	2013 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	1,0	2,5
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beträgt	429,1	295,7

In diesem Bilanzposten sind Spezialfondsanteile mit einem Buchwert von 4,9 Mrd Euro (Vorjahr 4,6 Mrd Euro) enthalten. Die Fungibilität dieser Anteile ist eingeschränkt. Bei den im Bestand gehaltenen Spezialfonds-

anteilen wurden Gewinne, soweit sie aus der Realisierung von Kursgewinnen resultieren, im Wesentlichen thesauriert. Der Gewinn aus Zins- und Dividendeneinnahmen wurde im Wesentlichen vollständig ausgeschüttet.

Entwicklung der Wertpapiere des Anlagevermögens	Mio €
Bilanzwert zum 1. Januar 2014	418,0
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	175,0
Bilanzwert zum 31. Dezember 2014	593,0

Investmentvermögen mit einem Anteil von über 10 %			2014 Mio €	2014 Mio €
	Ausschüttung 2014	Unterschieds- betrag	Marktwert	Buchwert
- HERA-FONDS	0,7	47,5	372,5	325,0
- JUPITER-FONDS 1	100,3	133,9	3.593,6	3.459,7
- JUPITER-FONDS 2	7,8	0,0	424,5	424,5
- JUPITER-FONDS 3	7,2	38,9	450,2	411,3
- JUPITER-FONDS 4	4,0	0,0	128,6	128,6
- LBS-Hamburg Fonds Nr. 1	1,1	2,8	53,9	51,1
- LBS-Hamburg Fonds Nr. 2	0,5	1,2	21,1	19,9
- BayernInvest Fonds Nr. 1	0,7	2,5	35,9	33,4
- BayernInvest Fonds Nr. 2	0,5	1,2	26,3	25,1
- NRS Fonds	0,0	1,0	21,0	20,0
			5.127,6	4.898,6

Die tägliche Rückgabe war möglich, Abschreibungen wurden nicht unterlassen.

(5) Handelsbestand	2014 Mio €	2013 Mio €
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- derivative Finanzinstrumente	60,8	51,5
- Forderungen	0,0	0,0
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119,9	110,4
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,1
- sonstige Vermögensgegenstände	0,5	0,2
	181,2	162,2
- Risikoabschlag	-0,5	-0,4
	180,7	161,8

(6) Beteiligungen	2014 Mio €	2013 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen Anteilen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	0,0	0,0

Entwicklung	Beteili- gungen Mio €	Verbundene Unternehmen Mio €
Bilanzwert zum 1. Januar 2014	117,3	83,3
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	-33,4	-56,4
Bilanzwert zum 31. Dezember 2014	83,9	26,9

(7) Treuhandvermögen

Die ausgewiesenen Treuhandkredite betreffen ausschließlich Treuhandforderungen an Kunden.

	Immaterielle Anlagewerte Mio €	Sachanlagen Mio €
(8) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
Anschaffungskosten am 1. Januar 2014	139,4	433,4
Zugänge	4,4	97,6
Abgänge	0,2	11,7
kumulierte Abschreibungen	97,8	236,9
Bilanzwert zum 31. Dezember 2014	45,8	282,4
Bilanzwert zum 31. Dezember 2013	55,5	210,3
Abschreibungen des Geschäftsjahres	14,0	10,9
	2014	2013
	Mio €	Mio €
Von den Sachanlagen entfallen auf:		
- die im Rahmen des Sparkassengeschäfts genutzten Grundstücke und Gebäude	99,3	101,3
- die Betriebs- und Geschäftsausstattung	25,5	28,5
Im Konzern wurde von dem Wahlrecht zur Aktivierung von selbsterstellter Software kein Gebrauch gemacht.		
	2014	2013
	Mio €	Mio €
(9) Sonstige Vermögensgegenstände		
Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich zusammen aus:		
- aktivierte Vorräte und sonstige Vermögensgegenstände	16,1	12,3
- sonstige Forderungen	182,5	189,6
	198,6	201,9
	2014	2013
	Mio €	Mio €
(10) Rechnungsabgrenzungsposten		
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	3,3	4,8
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	0,0	0,0
- sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2,9	2,5
	6,2	7,3

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe

von 2,9 Mio Euro (Vorjahr 3,6 Mio Euro) aus dem
Emissions- und Darlehensgeschäft.

Erläuterungen zur Konzernbilanz **Passiva**

	2014 Mio €	2013 Mio €
(11) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1,8	1,0
Gesamtbetrag der als Sicherheit für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten übertragenen Vermögensgegenstände	2.463,3	2.278,3
Aufgliederung der Unterposition b) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	409,5	466,3
- über 3 Monate bis 1 Jahr	307,2	360,7
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.633,7	1.517,6
- über 5 Jahre	2.617,3	2.472,6

Im Zusammenhang mit Geschäften an Terminbörsen und Clearingstellen wurden 68,1 Mio Euro in Anspruch genommen, für die Wertpapiere mit einem Buchwert von 110,9 Mio Euro hinterlegt wurden. Nach

dem Verfahren KEV (Kreditforderungen – Einreichung und Verwaltung) wurden 491,2 Mio Euro bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt.

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 408,6 Mio Euro (Vorjahr 221,0 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäfts-

jahr sowie im Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Es sind 21,3 Mio Euro aufgenommene Fremdgelder

aus der Refinanzierung der außerkollektiven Baudarlehen aus dem Bausparkassengeschäft enthalten.

	2014 Mio €	2013 Mio €
(12) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	16,7	56,3
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	62,8	23,4
Aufgliederung der Unterposition ab) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	4,9	7,1
- über 3 Monate bis 1 Jahr	11,1	10,6
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	10,1	11,8
- über 5 Jahre	0,3	0,3
Aufgliederung der Unterposition cb) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	721,1	481,1
- über 3 Monate bis 1 Jahr	272,0	349,0
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	966,0	1.076,3
- über 5 Jahre	4.322,3	4.418,2

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 3.010,6 Mio Euro (Vorjahr 2.790,4 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäfts-

jahr und im Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

Angaben zum Bauspargeschäft:
Von den Bauspareinlagen entfielen

- a) auf gekündigte Verträge
- b) auf zugeteilte Verträge

2014 Mio €	2013 Mio €
10,7	9,6
22,3	21,8
33,0	31,4

(13) Verbriefte Verbindlichkeiten

In dieser Position sind enthalten:
im Folgejahr fällige begebene Schuldverschreibungen

2014 Mio €	2013 Mio €
275,3	1.327,0

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den begebenen Schuldverschreibungen sind Hypothekenpfandbriefe in Höhe von 533,1 Mio Euro (Vorjahr 417,6 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche

Pfandbriefe befanden sich im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht im Bestand. Die sonstigen begebenen Schuldverschreibungen betragen 1.733,6 Mio Euro (Vorjahr 2.824,9 Mio Euro).

(14) Handelsbestand

Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:

- derivative Finanzinstrumente
- Verbindlichkeiten
- Risikozuschlag

2014 Mio €	2013 Mio €
57,4	48,2
0,0	0,0
57,4	48,2
0,0	0,0
57,4	48,2

(15) Treuhandverbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Treuhandverbindlichkeiten

betreffen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

(16) Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus:

- Steuerverbindlichkeiten
- sonstige Verbindlichkeiten

2014 Mio €	2013 Mio €
15,9	16,9
51,6	29,3
67,5	46,2

	2014 Mio €	2013 Mio €
(17) Rechnungsabgrenzungsposten		
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Darlehensforderungen	19,6	18,6
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und höherem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	3,5	3,3
- sonstige Rechnungsabgrenzungen	2,9	2,4
	26,0	24,3

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe

von 22,1 Mio Euro (Vorjahr 20,6 Mio Euro) aus dem Emis-
sions- und Darlehensgeschäft.

(18) Latente Steuern

Für die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften werden alle zeitlichen und quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen und den Steuerwerten (§ 274 HGB) ermittelt. Derartige Differenzen bestehen insbesondere in den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Rückstellungen, die zu aktiven latenten Steuern führen. Die

aus dem Überhang an aktiven latenten Steuern resultierende voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerentlastung wird in der Konzernbilanz nicht ausgewiesen.

Daneben werden latente Steuern auf Konsolidierungsmaßnahmen bilanziert (§ 306 HGB). Der für die Ermittlung zugrunde gelegte einheitliche Steuersatz beträgt 32,1 %.

(19) Rückstellungen

Der aufgrund der Bewertungsvorschriften für Pensionsrückstellungen zum 1. Januar 2010 ermittelte Unterschiedsbetrag wird linear über einen Zeitraum von 15 Jahren zu Lasten des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Per 31. Dezember 2014 beträgt der Restbetrag des noch zuzuführenden Betrags 121,1 Mio Euro.

In Ausübung des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2

EGHGB wurde bei einer sonstigen Rückstellung der höhere Ansatz beibehalten. Der Wert der Überdeckung beträgt 0,1 Mio Euro.

Deckungsvermögen mit einem Zeitwert von 0,1 Mio Euro (Anschaffungskosten 0,1 Mio Euro) wurde mit Altersversorgungsverpflichtungen verrechnet. Der Erfüllungsbetrag dieser Verpflichtungen beträgt brutto 0,1 Mio Euro.

(20) Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von nominal 22,5 Mio Euro sind im Berichtsjahr ausschließlich Zinsen in Höhe von 1,2 Mio Euro angefallen. Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten überschreiten, handelt es sich um ein Darlehen in Höhe von 4,0 Mio Euro mit einem Zinssatz von 3,35 %. Das Darlehen ist am 26. August 2016 fällig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle des Insol-

venzverfahrens oder der Liquidation wird das Nachrangdarlehenskapital erst nach Befriedigung aller anderen, nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, sind im Durchschnitt mit 3,72 % verzinslich. Die Ursprungslaufzeiten bewegen sich zwischen 6 und 10 Jahren.

(21) Eigenkapital	2014 Mio €	2013 Mio €
Der Konzernbilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:		
Konzernjahresüberschuss	66,7	52,5
konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	-1,2	-1,3
auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	1,4	0,0
Konzerngewinn	66,9	51,2
Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	259,8	263,2
Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,0	0,0
b) aus anderen Rücklagen	0,0	0,0
Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	-56,4	-54,6
b) in andere Rücklagen	0,0	0,0
Einstellung in konzernfremde Rücklagen	0,0	0,0
Konzernbilanzgewinn	270,3	259,8

(22) Haftungsverhältnisse

Unter den Eventualverbindlichkeiten sind für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen der Kreditrisikomanagementprozesse wird für die hier ausgewiesenen Beträge davon ausgegangen, dass diese nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung führen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die noch nicht voll ausgezahlt sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen den normalen Kreditüberwachungsprozessen, die für alle Kreditengagements gelten. Erhöhte Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

Weitere außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(23) Zinserträge

Diese Position enthält Zinserträge aus Bauspardarlehen in Höhe von 6,6 Mio Euro (Vorjahr 8,0 Mio Euro), aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten in Höhe von 16,1 Mio Euro (Vorjahr 16,5 Mio Euro) und aus

sonstigen Baudarlehen in Höhe von 0,5 Mio Euro (Vorjahr 0,5 Mio Euro).

Im Geschäftsjahr werden erstmalig negative Zinsen für Aktivprodukte in Höhe von 0,1 Mio Euro ausgewiesen.

(24) Zinsaufwendungen

In dieser Position sind Zinsaufwendungen für Bauspar-einlagen in Höhe von 14,8 Mio Euro (Vorjahr 15,1 Mio Euro) enthalten.

In den Zinsaufwendungen werden 4,7 Mio Euro (Vorjahr 2,3 Mio Euro) aufgrund von Aufzinsungen bankgeschäftsbezogener Rückstellungen ausgewiesen. Weiterhin werden in dieser Position erstmalig negative Zinsen für Passivprodukte in Höhe von 0,1 Mio Euro ausgewiesen.

(25) Provisionserträge

Etwa 22,7 % der gesamten Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung.

Darüber hinaus enthält diese Position Erträge aus Vertragsabschluss und -vermittlung im Bauspargeschäft in Höhe von 6,4 Mio Euro (Vorjahr 6,5 Mio Euro) und aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung in Höhe von 0,1 Mio Euro (Vorjahr 0,1 Mio Euro).

(26) Provisionsaufwendungen

In dieser Position sind Provisionen aus dem Bauspar-

geschäft in Höhe von 7,9 Mio Euro (Vorjahr 8,0 Mio Euro) enthalten.

(27) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich zusammen aus:

- Grundstückserträge
- übrige sonstige betriebliche Erträge

2014 Mio €	2013 Mio €
18,8	9,2
128,1	116,3
146,9	125,5

In dieser Position sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 7,4 Mio Euro (Vorjahr 5,8 Mio Euro) sowie Erträge aus der Abzinsung von nicht banktypischen Rückstellungen in Höhe von 0,1 Mio Euro (Vorjahr 0,0 Mio Euro) enthalten.

(28) Sonstige betriebliche Aufwendungen	2014 Mio €	2013 Mio €
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich zusammen aus:		
- Aufwand für nicht eigengenutzte Grundstücke und Gebäude	7,2	3,2
- Zinsaufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen	76,2	49,5
- übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	85,3	136,1
	168,7	188,8

(29) Außerordentliches Ergebnis

Im außerordentlichen Ergebnis werden die Anpassungsbuchungen aufgrund der Umstellung auf das BilMoG ausgewiesen. 11,8 Mio Euro der außerordentlichen Aufwendungen entfallen auf die Pensionsrückstellungen.

Ferner fallen Aufwendungen in Höhe von 2,5 Mio Euro aus der Zuführung zu Rückstellungen für die Restrukturierung der NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH (Aufgabe Standort Neumünster) an.

(30) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In dieser Position sind Aufwendungen für latente Steuern in Höhe von 0,2 Mio Euro (Vorjahr Erträge

0,2 Mio Euro) enthalten. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Sonstige Angaben

Vorstand und Verwaltungsrat

Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands 3,1 Mio Euro. Die Gesamtbezüge für frühere Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene beliefen sich auf 2,1 Mio Euro. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 23,1 Mio Euro zurückgestellt. Die Kredite an Mitglieder des Vorstands beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf insgesamt 0,5 Mio Euro mit einem Zinssatz von 2 % bis 4,5 %.

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrats betrugen im Geschäftsjahr 0,4 Mio Euro, Kredite wurden in Höhe von 0,6 Mio Euro zu marktüblichen Konditionen gewährt.

Aufwendungen für Abschlussprüfer

Für das Gesamthonorar der Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 2.015 TEUR, davon 1.837 TEUR für andere Abschlussprüfer, aufgewendet. Insgesamt entfallen 1.783 TEUR auf die Abschlussprüfungsleistungen, davon 1.607 TEUR für andere Abschlussprüfer, 232 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen, davon 230 TEUR für andere Abschlussprüfer.

Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt

Vollzeitkräfte	4.156
Teilzeitkräfte	1.094
	5.250
Auszubildende	320
	5.570

Die Teilzeitkräfte wurden entsprechend ihrer vereinbarten Arbeitszeit auf Vollzeitkräfte umgerechnet. Im Jahresdurchschnitt 2014 waren 1.955 Teilzeitkräfte beschäftigt.

Im Berichtsjahr wurden in anteilmäßig einbezogenen Unternehmen durchschnittlich quotal 76 Vollzeitkräfte, 16 Teilzeitkräfte und 4 Auszubildende berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	Mio €
Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen:	
- 2015	64,4
- 2016	61,1
- 2017	62,1
	187,6

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben hält sich im üblichen Rahmen.

Im Geschäftsjahr bestehen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 0,1 Mio Euro; Nachschussverpflichtungen bestehen nicht.

Fremdwährung

Die Gesamtbeträge der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, belaufen sich auf umgerechnet 909,6 bzw. 529,9 Mio Euro.

Termingeschäfte / derivative Finanzgeschäfte

Die nachstehende Übersicht zeigt das Volumen der zum Jahresultimo 2014 bestehenden Geschäfte.

per 31. Dezember 2014 in Mio €				Nominalwerte		Marktwerte						
	Restlaufzeit			Summe	davon: des Handelsbestands	positiv	negativ					
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre									
Zinsbezogene Geschäfte												
OTC-Produkte												
- Caps	97,3	167,7	20,5	285,5	0,0	0,0	0,0					
- Collars	9,8	54,8	0,0	64,6	0,0	1,3	1,3					
- Floors	0,0	0,8	1,0	1,8	0,0	0,0	0,0					
- Wertpapier-Termingeschäfte	0,0	0,0	80,0	80,0	0,0	0,0	3,1					
- Strukturierte Swaps	109,0	167,9	5.058,9	5.335,8	0,0	465,2	2,3					
- Swaptions	0,0	36,0	0,0	36,0	0,0	0,0	0,0					
- Zinsswaps	2.483,7	18.732,7	17.174,8	38.391,2	541,0	1.500,0	2.350,0					
Börseninstrumente												
- Zins-Futures	2.232,8	0,0	0,0	2.232,8	38,8	0,9	17,8					
- Zins-Optionen	16,9	0,0	0,0	16,9	0,0	0,0	0,1					
Summe	4.949,5	19.159,9	22.335,2	46.444,6	579,8	1.967,4	2.374,6					
Währungsbezogene Geschäfte												
OTC-Produkte												
- Devisenoptionen	21,6	0,0	0,0	21,6	21,6	0,2	0,2					
- Devisentermingeschäfte	3.612,5	148,5	0,0	3.761,0	0,0	40,7	53,1					
- Währungsswaps	1,9	126,6	168,6	297,1	0,0	47,6	43,9					
Börseninstrumente												
- Zins-Futures	364,4	0,0	0,0	364,4	0,0	2,6	0,0					
Summe	4.000,4	275,1	168,6	4.444,1	21,6	91,1	97,2					
Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken												
OTC-Produkte												
- Strukturierte Swaps	13,0	141,2	0,0	154,2	0,0	0,8	1,4					
Börseninstrumente												
- Aktien-Optionen	55,9	0,0	0,0	55,9	0,0	0,4	0,4					
- Index-Futures	164,9	0,0	0,0	164,9	0,0	4,5	1,9					
- Index-Optionen	160,0	0,0	0,0	160,0	0,0	0,6	0,2					
Summe	393,8	141,2	0,0	535,0	0,0	6,3	3,9					
Kreditderivate												
OTC-Produkte												
- Credit Default Swaps	0,0	95,0	5,0	100,0	0,0	2,1	0,0					
Summe	0,0	95,0	5,0	100,0	0,0	2,1	0,0					

Grundsätzlich wird für die Bewertung der Derivate der aktuelle Marktpreis zugrunde gelegt. Bei börsengehandelten Derivaten werden die Kurse des letzten Börsentags in 2014 verwendet. Ist ein aktueller Marktpreis nicht unmittelbar verfügbar, erfolgt die Bewertung nach den gängigen finanzmathematischen Bewertungsverfahren. So wird bei Zinsswaps ein Barwert auf Grundlage der aktuellen Zinsstrukturkurve ermittelt. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs verwendet. Die Marktwerte der Devisenoptionen werden auf Basis der aktuellen Devisenkurse und Zinsstrukturkurven sowie der impliziten Volatilitäten ermittelt (Binomialmodell). Bei Swaptions und Zinsoptionen werden die Marktwerte unter Berücksichtigung von Zinsstrukturkurven und impliziten Volatilitäten errechnet (Black 76 und Hull-White-Modell). Die Zeitwerte der Credit Default Swaps werden als Barwert zukünftiger Zahlungsströme unter Verwendung von Euro Zero Kurven, Bonitätsbewertungen, Wiedereinbringungsquoten und laufzeitabhängigen Credit-Spreads ermittelt.

Auf Basis der Bildung von Bewertungseinheiten werden strukturierte Wertpapiere emittiert, denen in einem Mikro hedge strukturierte Swaps gegenüberstehen, so dass die Zinsrisiken und die sonstigen Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Der wesentliche Teil aller oben genannten zinsbezogenen Geschäfte wurde zur Begrenzung von Zinsrisiken abgeschlossen, sie wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Mit den Zinsswaps wird im Rahmen der Aktiv- und Passivsteuerung die Fristentransformation gesteuert. Die börsengehandelten Zinsderivate stellen überwiegend Zinssicherungsgeschäfte sowie Handelsgeschäfte für Kunden dar.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich zu einem großen Teil um Geschäfte mit Kunden und eigenen Spezialfonds, die grundsätzlich kursgesichert sind, in geringerem Umfang um Eigenhan-

delsgeschäfte. Die währungsbezogenen derivativen Geschäfte stellen zusammen mit den bilanziellen Fremdwährungsbeständen eine nahezu geschlossene Position dar.

Die Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken umfassen ausschließlich Handelsgeschäfte für Kunden und strukturierte Swaps, deren Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme der derivativen Finanzinstrumente des Handelsbestands werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit-Spreads beeinflusst.

Als Grundgeschäfte werden Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 2.979,6 Mio Euro und schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 395,9 Mio Euro in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelt es sich jeweils um so genannte Mikro-Bewertungseinheiten. Alle Grundgeschäfte werden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zins-, Währungs- sowie sonstige Preisrisiken abgesichert.

Zum Bilanzstichtag bestehen für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken Geschäfte mit einem positiven Marktwert von 461,5 Mio Euro, für die Absicherung von Währungsrisiken Geschäfte mit einem negativen Marktwert von 18,1 Mio Euro sowie für die Absicherung von sonstigen Preisrisiken Geschäfte mit einem negativen Marktwert von 0,6 Mio Euro.

Bei den Credit Default Swaps handelt es sich um Sicherungsgeberpositionen, wobei 5,0 Mio Euro auf einen impliziten Credit Default Swap einer Credit Linked Note entfallen.

Pfandbriefe

Die Hamburger Sparkasse AG emittiert seit dem Geschäftsjahr 2006 Pfandbriefe. Die regelmäßigen

Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage im Internet www.haspa.de erfüllt.

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur**PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3****Hypothekendarlehen**

	2014 Mio €	2013 Mio €
davon Derivategeschäfte	0,0	0,0
Nennwert	3.895,5	3.377,1
Barwert	4.672,6	3.841,3
Risikobarwert ¹⁾	4.909,3	4.115,0
Deckungsmasse		
davon Derivategeschäfte	0,0	0,0
Nennwert	5.432,2	4.021,7
Barwert	6.255,0	4.431,4
Risikobarwert ¹⁾	6.444,4	4.622,0
Überdeckung		
Nennwert	1.536,8	644,6
Barwert	1.582,5	590,1
Risikobarwert ¹⁾	1.535,0	507,0
Überdeckung unter Berücksichtigung des vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodells		
Nennwert	0,0	0,0
Barwert	0,0	0,0

¹⁾ Für die Berechnung des Risikobarwertes wurde der dynamische Ansatz gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 PfandBarwertV verwendet

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2**Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehens²⁾**

	2014 Mio €	2013 Mio €
- bis zu 0,5 Jahre	35,8	
- mehr als 0,5 Jahre bis zu 1 Jahr	48,0	167,5
- mehr als 1 Jahr bis zu 1,5 Jahre	176,0	
- mehr als 1,5 Jahre bis zu 2 Jahre	190,0	81,9
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	342,5	386,0
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	329,2	342,5
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	323,5	224,2
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	1.427,5	1.347,1
- mehr als 10 Jahre	1.023,0	828,0

²⁾ Die Restlaufzeiten bis zu 2 Jahren wurden 2014 neu gruppiert; vor 2014 liegen hierfür nur aggregierte Daten vor

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse¹⁾	Weitere Deckungswerte		Gesamtdeckungsmasse	
- bis zu 0,5 Jahre	0,0	0,0	260,3	421,6
- mehr als 0,5 Jahre bis zu 1 Jahr	0,0		249,8	
- mehr als 1 Jahr bis zu 1,5 Jahre	0,0	50,0	274,9	445,1
- mehr als 1,5 Jahre bis zu 2 Jahre	125,0		400,9	
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	0,0	175,0	547,9	615,6
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	75,0	0,0	575,6	420,8
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	0,0	75,0	563,4	460,6
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	0,0	0,0	1.854,8	1.324,8
- mehr als 10 Jahre	0,0	0,0	704,8	333,2

¹⁾ Die Restlaufzeiten bis zu 2 Jahren wurden 2014 neu gruppiert; vor 2014 liegen hierfür nur aggregierte Daten vor

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 9	2014 in %	2013 in %
Anteil der festverzinslichen Deckungswerte an der Deckungsmasse	96,3	²⁾
Anteil der festverzinslichen Pfandbriefe an den zu deckenden Verbindlichkeiten	98,7	²⁾

²⁾ Erstmalige Ermittlung im Geschäftsjahr 2014

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1	2014 Mio €	2013 Mio €
a) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen ^{3) 4)}		
Kreditdeckung		
- bis 300 TEUR	2.534,6	1.659,7
- über 300 TEUR bis zu 1,0 Mio Euro	859,3	
- über 1,0 Mio bis zu 10 Mio Euro	1.543,0	2.062,0
- mehr als 10 Mio Euro	295,3	
b) und c)		
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart ^{3) 5)}	2014 Mio €	2013 Mio €
	2014 Mio €	2013 Mio €
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke
- Eigentumswohnungen (vor dem 30. Juni 2014: Wohnungen)	564,9	320,8
- Ein- und Zweifamilienhäuser (vor dem 30. Juni 2014: Einfamilienhäuser)	1.718,1	1.142,4
- Mehrfamilienhäuser	1.628,6	1.233,7
- Bürogebäude	0,0	0,0
- Handelsgebäude	0,0	0,0
- Industriegebäude	0,0	0,0
- sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0
- unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0
- Bauplätze	0,0	0,0

³⁾ Ausschließliche Betrachtung der ordentlichen Deckung

⁴⁾ Die Größenklassen wurden ab 2014 neu gruppiert; vor 2014 liegen hierfür nur aggregierte Daten vor

⁵⁾ Keine Grundstückssicherheiten außerhalb Deutschlands

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 7	2014 Mio €	2013 Mio €
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	0,0	¹⁾
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 11	2014 in Jahren	2013 in Jahren
Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen	6,0	¹⁾
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3	2014 in %	2013 in %
Durchschnittlich gewichteter Beleihungsauslauf	44,7	¹⁾
Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte		
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 8	2014 Mio €	2013 Mio €
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG übersteigen	0,0	¹⁾
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG übersteigen	0,0	¹⁾
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6	2014 Mio €	2013 Mio €
Ausgleichsforderungen im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	0,0	¹⁾
Forderungen im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	200,0	¹⁾
davon gedeckte Schuldverschreibungen im Sinne des Artikels 129 CRR	0,0	¹⁾
Forderungen im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	0,0	¹⁾

¹⁾ Erstmalige Ermittlung im Geschäftsjahr 2014

Übersicht der rückständigen Leistungen

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2	2014 Mio €	2013 Mio €
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Forderungen	0,0	¹⁾
Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5% der Forderung beträgt	0,0	¹⁾

¹⁾ Erstmalige Ermittlung im Geschäftsjahr 2014**Weitere Angaben**

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 4	2014 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2013 Mio €
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
Zahl der am Abschlusstichtag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Zahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

TreuhänderUwe Rollert,
UnternehmensberaterStellvertreter Dr. Adam von Kottwitz,
Notar a. D.Stellvertreter Rainer Sinhuber,
Richter i. R.

Anteilsbesitz der HASPA Finanzholding per 31. Dezember 2014¹⁾

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T € ²⁾	Jahres- ergebnis des Unternehmens T € ²⁾
Unmittelbare Beteiligungen:			
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	75,64 %	19.867,2	2.429,3
- Haspa Erste Beteiligungsgesellschaft mbH i.L., Hamburg	100,00 %	27,4 ³⁾	0,5 ³⁾
- Haspa HanseGrund GmbH, Hamburg	90,00 %	221,9 ³⁾	50,0 ³⁾
- Haspa Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,2 ³⁾	-0,5 ³⁾
- HLS Hamburger Logistik Service GmbH, Hamburg	73,48 %	8.360,0 ³⁾	360,0 ³⁾
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-3.514,0	126,0
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-514,2	25,5
- neue leben Pensionsverwaltung Aktiengesellschaft, Hamburg	21,18 %	15.884,0	-29,1
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	36,0	0,3
- Fünfzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	24,8 ³⁾	-0,3 ³⁾
Mittelbare Beteiligungen über Hamburger Sparkasse AG:			
- BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH, Hamburg	30,81 %	3.338,6	7,0
- Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	21,35 %	21.359,7	1.315,2
- Cenito Service GmbH, Hamburg	100,00 %	800,0 ³⁾	0,0 ^{3) 4)}
- GBP Gesellschaft für Betriebliche Pensionsplanung mbH, Hamburg	100,00 %	42,6 ³⁾	0,0 ^{3) 4)}
- Haspa-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH, Hamburg	100,00 %	687,1 ³⁾	0,0 ^{3) 4)}
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband, Hamburg	74,87 %	62.496,1	2,7
- Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH, Hamburg	100,00 %	5.000,0 ³⁾	0,0 ^{3) 4)}
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-3.514,0	126,0
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-514,2	25,5
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg	75,10 %	8.912,1	276,2
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH Verwaltungs GmbH, Hamburg	75,20 %	14,7	-0,4
- Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	25,00 %	10.792,0 ³⁾	5.360,5 ³⁾

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T€ ²	Jahres- ergebnis des Unternehmens T€ ²
über Sparkasse Mittelholstein AG:			
- Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Rendsburg-Eider GmbH i.L., Rendsburg	100,00 %	64,9	0,0
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	1,28 %	19.867,2	2.429,3
- Rendsburg Energie Contracting GmbH, Rendsburg	49,00 %	414,7	20,9
über Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH:			
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	33,00 %	114.077,5	22.660,0
- Deutsche Factoring Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	33,33 %	298,0	23,3
über Grossmann & Berger GmbH:			
- Johs. Reese Immobilien Consulting GmbH, Berlin	100,00 %	100,0 ³⁾	0,0 ^{3) 4)}
über NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH:			
- Kredit-Service-Center GmbH, Bremen	100,00 %	1.500,1	0,0 ⁴⁾
- NRS Consulting GmbH, Hamburg	100,00 %	623,5	123,5
über Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH:			
- MHG Beteiligungsgesellschaft mbH, Buchholz	40,00 %	1.053,1	-130,4
- R+S solutions Beteiligungs GmbH, Fulda	26,00 %	25,0	0,0
- PWM Beteiligung GmbH, Hamburg	49,99 %	k.A. ⁵⁾	k.A. ⁵⁾
- novomind management group GmbH, Hamburg	21,45 %	8.310,0	2.499,5
über Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG:			
- Brands Fashion GmbH, Buchholz	20,00 %	6.314,1	809,3
über Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH:			
- HSF Hauswart-Service Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	89,8	42,0

¹⁾ Anteilsbesitz ab mindestens 20 % an nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist

²⁾ Nach dem letzten für 2013 vorliegenden Jahresabschluss, soweit kein anderer Hinweis

³⁾ Nach dem letzten für 2014 vorliegenden Jahresabschluss

⁴⁾ Gewinnabführungsvertrag

⁵⁾ Kein Jahresabschluss vorliegend, da Neugründung in 2014

Anhangangaben gemäß § 340a Abs. 4 HGB

Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter, die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB) wahrnehmen:

VorstandsmitgliederDr. Harald Vogelsang

Landesbank Berlin Holding AG, Berlin
Landesbank Berlin AG, Berlin

Mitglied
Mitglied

Frank Brockmann

Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck

stellv. Vorsitzender

Dr. Jörg Wildgruber

neue leben Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg
neue leben Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg
Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg
Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender
stellv. Vorsitzender
1. stellv. Vorsitzender
Mitglied

MitarbeiterDr. Cirsten Witt (Prokuristin)

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg
 neue leben Unfallversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg

Mitglied

Mitglied

Beteiligungen

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten:

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm
 Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel
 Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH, Hamburg
 Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck
 Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg

Angaben nach § 26a KWG

	2014	2013
Firmenbezeichnung	HASPA Finanzholding	
Ausländische Niederlassungen (EU-Mitglied- und Drittstaaten)	Keine	Keine
Umsatz (Mio Euro)	1.014,9	938,0
Anzahl Lohn- und Gehaltsempfänger	5.250	5.448
Gewinn vor Steuern (Mio Euro)	159,6	113,9
Steuern (Mio Euro)	92,8	61,4
Erhaltene öffentliche Beihilfen (Mio Euro)	0,0	0,0
Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus	0,15%	0,12%
Nettogewinn (Mio Euro)	66,7	52,6
Bilanzsumme (Mio Euro)	45.515,4	44.170,4

Organe**Verwaltungsrat**

Dr. Karl-Joachim Dreyer
Präses
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hamburger Sparkasse AG
(bis 28. Januar 2015)

Dipl.-Kfm. Günter Elste
Präses (seit 28. Januar 2015)
Vorsitzender des Vorstands
Hamburger Hochbahn AG

Peter Becker
Stellvertretender Präses
Bäckermeister
Präsident Zentralverband des
Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Dr. Martin Willich
Rechtskundiges Mitglied
Kaufmann, Volljurist

Michael Behrendt
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Hapag-Lloyd AG

Prof. Dr. Jörg F. Debatin
Vice President und
Chief Technology Officer
GE Healthcare
(bis 28. Januar 2015)

Claus Krohn
Betriebsratsvorsitzender
Hamburger Sparkasse AG

Dr. Hans Fabian Kruse
Geschäftsführender Gesellschafter
WIECHERS & HELM GmbH & Co. KG
Präsident AGA Norddeutscher Unternehmensverba
Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e.V.
(seit 28. Januar 2015)

Dirk Reimers
Rechtsanwalt, Staatsrat a.D.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Deutsche Nationalstiftung
(bis 28. Januar 2015)

Gabriele Voltz
Rechtsanwältin

Ulrich Wachholtz
Verleger
Präsident Unternehmensverband NORD
(seit 28. Januar 2015)

Dr. Jost Wiechmann
Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater
Partner RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
(seit 28. Januar 2015)

Vorstand

Dr. Harald Vogelsang
Sprecher

Frank Brockmann
(seit 15. April 2014)

Reinhard Klein
(bis 31. März 2014)

Dr. Jörg Wildgruber

Hamburg, den 26. März 2015

Der Vorstand

Dr. Vogelsang

Brockmann

Dr. Wildgruber

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HASPA Finanzholding, juristische Person alten hamburgischen Rechts, Hamburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Rechnungslegungsinformationen der in den Konzernabschluss einbezogenen Teilbereiche, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 16. April 2015

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Zemke
Wirtschaftsprüfer

Butte
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat sich im Berichtsjahr vom Vorstand über alle grundsätzlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen. Alle wesentlichen Fragen wurden mit dem Vorstand in fünf Plenarsitzungen ausführlich erörtert. Angelegenheiten von besonderer Tragweite sowie im Kreditwesengesetz besonders geregelte Themen wurden darüber hinaus in Sitzungen des aus der Mitte des Verwaltungsrats gebildeten Präsidialausschusses im Vorwege beraten und vertieft. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten neben der turnusmäßigen Befassung mit den größeren Beteiligungen – hier insbesondere der Hamburger Sparkasse AG – das Kooperationsvorhaben der NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH mit der S-Servicepartner GmbH sowie die Kooperation der HASPA HanseGrund GmbH mit der Becken Gruppe. Darüber hinaus befasste sich der Verwaltungsrat erneut mit den Auswirkungen der regulatorischen Anforderungen, insbesondere die der europäischen Bankenaufsicht, auf die HASPA Finanzholding und auf die HASPA-Gruppe und mit den daraus resultierenden Anpassungen. In diesem Zusammenhang wurde der Verwaltungsrat über die Auswirkungen und Ergebnisse der von der Europäischen Zentralbank durchgeführten Bilanzprüfung und des Stresstests im Vorfeld der am 4. November 2014 aufgenommenen Aufsicht durch die Europäische Zentralbank über die HASPA-Gruppe umfassend informiert. Des Weiteren wurde die weiterentwickelte Geschäfts- und Risikostrategie erörtert. Vor dem Hintergrund der in Schleswig-Holstein nicht länger verfolgten Konsolidierungsstrategie wurde die Geschäftsstrategie unter Verdeutlichung der Kontinuität von traditionellen Zielen und Werten der HASPA-Gruppe und mit unverändertem Fokus auf das regionale Sparkassengeschäft der Hamburger Sparkasse AG angepasst.

Der Verwaltungsrat war darüber hinaus in alle aktuellen Sachverhalte und Entscheidungen eingebunden, die nach der Satzung der Zustimmung des Verwaltungsrats bedurften. Zwischen dem Präses des Verwaltungsrats und dem Sprecher des Vorstands fanden daneben regelmäßige Gespräche statt, in denen über maßgebliche operative Themen infor-

miert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden. Der Verwaltungsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt und im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Kompetenzen die ihm obliegenden Entscheidungen in fünf turnusmäßigen Sitzungen sowie im schriftlichen Verfahren getroffen. Entsprechend den Neuregelungen durch das CRD-IV-Umsetzungsgesetz erarbeitete der Verwaltungsrat nach Vorbereitung durch den Präsidialausschuss eine Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Verwaltungsrat sowie eine Strategie zu deren Erreichung. Zur Erhöhung des Anteils von Frauen im Verwaltungsrat wurde festgesetzt, dass der Verwaltungsrat die Personen, die in seinen Vorschlag für den Wahlaufsatz für die Wahl in den Verwaltungsrat aufgenommen werden, nach ihrer Eignung entsprechend zuvor definierter Anforderungen auswählt. Dabei sollen unter den Kandidaten mit vergleichbarer Eignung Frauen im Rahmen der obigen Zielsetzung nach Möglichkeit den Vorzug vor Männern erhalten. Weiter nahm der Verwaltungsrat gemäß den neuen regulatorischen Anforderungen Bewertungen der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Verwaltungsrats und des Vorstands sowie der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der Verwaltungsratsmitglieder und der Vorstandsmitglieder als auch des Verwaltungsrats bzw. des Vorstands in Gesamtheit vor. Ferner fand eine Weiterbildungsveranstaltung für die Mitglieder des Verwaltungsrats statt, in der die regulatorischen Vorgaben zur Höchstzahl von Mandaten in Verwaltungs- oder Aufsichtsorganen einschließlich der neu hinzugekommenen Anzeigepflichten, die Vorbereitungen auf die Aufsicht der Europäischen Zentralbank über die HASPA-Gruppe sowie die Herausforderungen und Chancen des Digitalen Vertriebs der Hamburger Sparkasse AG erläutert und diskutiert wurden. Über die Arbeit des Präsidialausschusses hat sich der Verwaltungsrat regelmäßig berichten lassen.

Die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2014 sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2014 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Nach eigener Prü-

fung und Erörterung des Einzel- sowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts mit dem bestellten Abschlussprüfer in den Bilanzsitzungen von Präsidialausschuss und Verwaltungsrat hat der Verwaltungsrat von dem jeweiligen Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen und dem Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2014 sowie dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2014 zugestimmt. Der Verwaltungsrat hat sich ferner dem Vorschlag des Vorstands angeschlossen, dem Kuratorium zu empfehlen, den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2014 festzustellen und den Bilanzgewinn von 58,3 Millionen Euro, der dem Jahresüberschuss entspricht, der Sicherheitsrücklage zuzuführen sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 zu billigen.

Aus dem Kuratorium beendeten mit Ablauf der Kuratoriumssitzung am 28. Januar 2015 Frau Annegret Sanders und die Herren Werner Jantosch, Bodo Liesenfeld, Paul-Otto Schwarz und Arne Weber aufgrund der in der Satzung festgelegten Altersbegrenzung oder auf eigenen Wunsch ihre langjährige Tätigkeit im Kuratorium. Mit ihrer Wahl in den Verwaltungsrat schieden aus dem Kuratorium zudem die Herren Dr. Hans Fabian Kruse und Ulrich Wachholtz aus. Neu in das Kuratorium gewählt wurden in der Sitzung am 28. Januar 2015 für die satzungsmäßige Amtszeit von vier Kalenderjahren Frau Renate Bargsten, Cathrin Engelhardt, Brigitte Engler, Christine Stehr sowie die Herren Hans-Georg Frey und Ralf Martin Meyer.

Mit Ablauf der Kuratoriumssitzung schieden der bisherige Präses des Verwaltungsrats, Herr Dr. Karl-Joachim Dreyer, und Herr Dirk Reimers aufgrund der in der Satzung festgelegten Altersbegrenzung sowie Herr Prof. Dr. Jörg F. Debatin auf eigenen Wunsch aufgrund beruflicher Tätigkeit im Ausland aus dem Verwaltungsrat aus. Damit beendeten drei Persönlichkeiten ihre Tätigkeit für den Verwaltungsrat, die sich sehr engagiert für die Belange der HASPA Finanzholding und der gesamten HASPA-Gruppe eingesetzt und deren Entwicklung in stets konstruktiver und vertrauensvoller Zusammenarbeit über viele Jahre begleitet und gefördert haben. In der Kuratoriumssitzung vom 28. Januar 2015 wurden

die Herren Dr. Hans Fabian Kruse, Ulrich Wachholtz und Dr. Jost Wiechmann für eine Amtszeit von vier Jahren in den Verwaltungsrat gewählt. Der Verwaltungsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung vom 28. Januar 2015 Herrn Günter Elste zum Präses des Verwaltungsrats gewählt.

Vorstand und Verwaltungsrat danken den ausgeschiedenen Mitgliedern von Kuratorium und Verwaltungsrat herzlich für ihr engagiertes und verdienstvolles Wirken während der vergangenen Jahre im Interesse der HASPA Finanzholding und der gesamten HASPA-Gruppe.

Als Nachfolger von Herrn Reinhard Klein, der mit Ablauf des 31. März 2014 aus dem Vorstand der HASPA Finanzholding ausgeschieden ist, hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 9. April 2014 Herrn Frank Brockmann, stellvertretender Sprecher des Vorstands der Hamburger Sparkasse AG, mit Wirkung vom 15. April 2014 zum Mitglied des Vorstands der HASPA Finanzholding bestellt.

Der Verwaltungsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HASPA Finanzholding für den großen persönlichen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit im abgeschlossenen Geschäftsjahr Dank und Anerkennung aus. Dies gilt besonders für das Engagement bei der Aufarbeitung der erforderlichen Daten für die von der Europäischen Zentralbank durchgeführte Bilanzprüfung und den Stresstest. In gleicher Weise dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern der Gremien für das im Geschäftsjahr 2014 gezeigte Engagement.

Hamburg, den 29. April 2015

Der Verwaltungsrat

Günter Elste
Präses

588